



Magister Filz  
Eing. 11. JUNI 1931

# Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Winzfel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erstnum. wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 RM. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Einzelpl. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluss an den Text auf Textbreite 1.20 RM.

Nr. 24. Berlin, 10. Juni 1932. 13. Jahrg.

Inhalt: 2. 281: Die Jugend von Ulrichsberg der Teilungen Polens. / 2. 282: Der unvollkommene Herrscher. / 2. 283: Im Schatten Wählgangs. — Politische Neuestes nach Europa. / 2. 284: Die politische Außenpolitik in Zöng. — Wählgang im Norddeutsche. — Realpolitische Neuestes. / 2. 285: Der lichte Wert des Völkers Zuzunahme. — Der Zoll Zollverträge. — Ein freibereitete Siegerländer. — Zum heulichen Zuzunahme in Polen. / 2. 286: Politische Zuzunahme. — Das Recht auf den deutschen Völkern. — Politische Zollkontrolle. — Die Nationalen. — Die Nation. — Das Ziel der politischen Schritten in Zöng. / 2. 287: Aus der Arbeit des Teilungen Teilungen. / 2. 288: Momente zur Ethikgeschichte. — Bundesrecht. / 2. 289: Einheitsrecht.

## Die Legende von Unrecht der Teilungen Polens.

Der englische Politiker und Schriftsteller Wickham Steed hat vor einiger Zeit in Genuß im „Institut für internationale Studien“ einen Vortrag gehalten, in dem er die Teilungen Polens als ein Verbrechen bezeichnet hat, das sich an den im Volkstriebe zusammengebrochenen Teilmächten bitter gerächt habe. Aus einer teuffischen Sicht, meint Steed, seien teuffische Früchte erwachsen. Er sieht in der Wiederangabe Deutschlands, Aufstundes und Österreichs Polens also die gerechte Strafe für das Unrecht, das diese Mächte dem polnischen Volke vor anderthalb Jahrhunderten angetan haben; und er meint, vor einer vierten Teilung Polens — wie er die Revision der Versailles Gewaltgrenzen nennt — warnen zu müssen, weil andernfalls früher oder später eine neue Rotaloptrope über Deutschland hereinbrechen werde. Es fällt nicht schwer, in diesem Gedankenpiel mit der „historischen Gerechtigkeit“ die typische, moralisierende Beweisführung der politischen Agitation zu erkennen, die letzterzeit in Versailles die grenzpolitische Zerlegung der deutschen Völkern dem Ententepolitikern gegenüber mit Erfolg als die Wiedergutmachung eines preußisch-deutschen Verbrochens hingestellt hat. Wenn ein Richterpole wie Steed vom „Unrecht der polnischen Teilungen“ spricht, dann braucht man in ihm nicht lediglich einen ausgeprägten Deutschenfeind zu vermuten. Er bildet jene Mittel eben an dem Material, das er kennt; und er kennt, wenn er kein fachkundiger Historiker ist, in der Regel eben nur das, was ihm von interfränkischer Seite vorgelegt wird. Wenn im nichtpolnischen Ausland ein für Deutschland feindliches Urteil über die Bedeutung der polnischen Teilungen herrscht, wie es Steed in seinem Genuß Vortrage gefüllt hat, dann liegt das nicht zuletzt auch daran, daß man sich in Deutschland früher im Volkgefühl der Kraft und des Aufstiegs allzu sehr darauf verlassen hat, daß die Aufbaueilungen des deutschen Volkes im Osten „Jahre für sich selbst sprechen werden“ und daß man sich über die doch eigentlich selbstverständliche Tatsache hinweggesetzt hat, daß durch die höchste Leistung dem Auslande gegenüber psychologisch unwirksam bleiben muß, wenn nicht durch entsprechende Aufklärung dafür gefordert wird, daß sie auch nach Verdiensten eingestrichelt wird. Die Dinge von historischem Unrecht, mit der Preußen belastet ist, bildet heute noch wie in Versailles die moralische und gefühlsmäßige Grundlage, auf der die polnischen Verleumdungen auf deutsches Gebiet in der Vorkriegszeit von der polnischen Propaganda „aufklärerisch“ Auslande aufgebaut sind. Solange sie im Auslande glaubt wird, ist es nicht leicht, der deutschen Revisionserklärung vor dem Sieg zu verhehlen. Sie ist aber einmal verhehrt, dann scheint das historische Argument der polnischen Agitation in der Luft. Es ist daher durchaus nicht überflüssig, sich mit diesem weiterhin so inaktuellen Thema zu befassen und eine Legende zu zerstreuen, die das deutsche Volk eines Verbrochens beschuldigt, wo es Anerkennung, wenn nicht Dank verdient hat.

Was hat es denn mit den Teilungen Polens für eine Verwandtschaft? Mit den Teilungen wurde nur eine Entwicklung vollendet, die sich in Polen schon seit mehreren Jahrhunderten angebahnt hatte. Die Teilungsmächte haben nur die letzte Schlussfolgerung aus einem unentbehrlichen Willkür gezogen, den die Polen selbst herbeigeführt hatten. Das altpolnische Reich hatte, als es im Jahre 1772 zum ersten Male „geteilt“ wurde, schon längst aufgehört, ein selbständiges Staatswesen zu sein. Als sich Ausland im Moskauer Frieden von 1686 das Recht sicherte, über die kirchliche

Freiheit der griechisch-orthodoxischen Christen in Polen (die damals drei Viertel der Einwohner des polnischen Reiches ausmachten) zu wachen, und als der polnische Adel im Jahre 1704 die Hilfe des russischen Zaren gegen Karl XII. von Schweden anrief, war das Schicksal des Reiches besiegelt. Die Staatsbildenden und Staatsverhaltenden Kräfte, die Polen niemals einmal besiegelt hatte, waren zerstört. — Realpolitische Neuestes. / 2. 285: Der lichte Wert des Völkers Zuzunahme. — Der Zoll Zollverträge. — Ein freibereitete Siegerländer. — Zum heulichen Zuzunahme in Polen. / 2. 286: Politische Zuzunahme. — Das Recht auf den deutschen Völkern. — Politische Zollkontrolle. — Die Nationalen. — Die Nation. — Das Ziel der politischen Schritten in Zöng. / 2. 287: Aus der Arbeit des Teilungen Teilungen. / 2. 288: Momente zur Ethikgeschichte. — Bundesrecht. / 2. 289: Einheitsrecht.

Freiheit der griechisch-orthodoxischen Christen in Polen (die damals drei Viertel der Einwohner des polnischen Reiches ausmachten) zu wachen, und als der polnische Adel im Jahre 1704 die Hilfe des russischen Zaren gegen Karl XII. von Schweden anrief, war das Schicksal des Reiches besiegelt. Die Staatsbildenden und Staatsverhaltenden Kräfte, die Polen niemals einmal besiegelt hatte, waren zerstört. — Realpolitische Neuestes. / 2. 285: Der lichte Wert des Völkers Zuzunahme. — Der Zoll Zollverträge. — Ein freibereitete Siegerländer. — Zum heulichen Zuzunahme in Polen. / 2. 286: Politische Zuzunahme. — Das Recht auf den deutschen Völkern. — Politische Zollkontrolle. — Die Nationalen. — Die Nation. — Das Ziel der politischen Schritten in Zöng. / 2. 287: Aus der Arbeit des Teilungen Teilungen. / 2. 288: Momente zur Ethikgeschichte. — Bundesrecht. / 2. 289: Einheitsrecht.

Freiheit der griechisch-orthodoxischen Christen in Polen (die damals drei Viertel der Einwohner des polnischen Reiches ausmachten) zu wachen, und als der polnische Adel im Jahre 1704 die Hilfe des russischen Zaren gegen Karl XII. von Schweden anrief, war das Schicksal des Reiches besiegelt. Die Staatsbildenden und Staatsverhaltenden Kräfte, die Polen niemals einmal besiegelt hatte, waren zerstört. — Realpolitische Neuestes. / 2. 285: Der lichte Wert des Völkers Zuzunahme. — Der Zoll Zollverträge. — Ein freibereitete Siegerländer. — Zum heulichen Zuzunahme in Polen. / 2. 286: Politische Zuzunahme. — Das Recht auf den deutschen Völkern. — Politische Zollkontrolle. — Die Nationalen. — Die Nation. — Das Ziel der politischen Schritten in Zöng. / 2. 287: Aus der Arbeit des Teilungen Teilungen. / 2. 288: Momente zur Ethikgeschichte. — Bundesrecht. / 2. 289: Einheitsrecht.

Freiheit der griechisch-orthodoxischen Christen in Polen (die damals drei Viertel der Einwohner des polnischen Reiches ausmachten) zu wachen, und als der polnische Adel im Jahre 1704 die Hilfe des russischen Zaren gegen Karl XII. von Schweden anrief, war das Schicksal des Reiches besiegelt. Die Staatsbildenden und Staatsverhaltenden Kräfte, die Polen niemals einmal besiegelt hatte, waren zerstört. — Realpolitische Neuestes. / 2. 285: Der lichte Wert des Völkers Zuzunahme. — Der Zoll Zollverträge. — Ein freibereitete Siegerländer. — Zum heulichen Zuzunahme in Polen. / 2. 286: Politische Zuzunahme. — Das Recht auf den deutschen Völkern. — Politische Zollkontrolle. — Die Nationalen. — Die Nation. — Das Ziel der politischen Schritten in Zöng. / 2. 287: Aus der Arbeit des Teilungen Teilungen. / 2. 288: Momente zur Ethikgeschichte. — Bundesrecht. / 2. 289: Einheitsrecht.

hen, das sie während der neun Jahrhunderte ihrer Unabhängigkeit nicht haben erreichen können. Das ist, sagte Collingrid ganz richtig hin, „die einzige Art, aus ihnen ein Europa zu machen“.

Bei den Teilungen von einem Unrecht zu sprechen, das den Polen angetan worden ist, das ist eben so, als ob man den heutigen Amerikanern einen Vorwurf daraus machen möchte, daß ihre Vorfahren vor zwei Jahrhunderten den Nöthigkeiten das Land genommen haben. Und aus dem „Unrecht der Teilungen“ auf die „Gerechtigkeit“ der Verfallener Grenzlinie zu schließen, das ist nicht viel anders, als wenn heute in den Konferenzen ein Indianer gegen die Weißen aufstehen und den heutigen Herrschern Amerikas die Gerechtigkeit seiner Ohnen „im Namen der historischen Gerechtigkeit“ juristisch fordern möchte. Wenn sich der Kaiserliche „Paderener“ heute vor das amerikanische Kongresspublikum stellt und um „Verbrechen der Teilungen“ spricht, dann sollten die Leute, die ihm darin vischreitend recht geben, bedenken, daß mit ähnlicher Begründung dem amerikanischen Volke auch der Verfallenspruch auf sein Land vom „moralischen“ Standpunkt aus freitrag gemacht werden könnte. Sie können dann mit Recht darauf bestehen wissen, daß nicht schon die bloße Annahme in einem Lande einem Volke das Recht gibt, das Land für sich allein in Anspruch zu nehmen, sondern das einzig und allein die Fähigkeit, das Land einer höheren Kultur zu erschließen, den Verfallenspruch rechtfertigen kann. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Untergang des altpolnischen Reiches zu bewerten. Man muß sich die Frage vorlegen: Was haben die Polen aus diesem Lande gemacht und was ist aus ihm unter preußischer Herrschaft geworden? Man kann nicht leugnen, daß das deutsche Volk dieses Land mit weit größerem Recht für sich in Anspruch nehmen kann als die Polen. Die Teilungen Altpolens sind, was die preußischen Gebietsziele anlangt, kein Verbrechen, sondern ein Werk der Verzeigung gewesen. Wenn man den Teilungen schon eine Bedeutung in der heutigen Reaktionspropaganda beilegen will, dann darf man sie nicht mit dem Maßstab messen, den sich die polnische Agitation hierfür zurechtgelegt hat, sondern man ist aus dem Urteil der Teilungsgeschichte selber betroffen. Dieses Urteil hat wieder Collingrid mit den Worten gefaßt: „Sant Polen ist nicht einem Tropfen von dem vielen Blute merit, das mit ihr dafür vergießen. . . Diese Nation taugt zu nichts; man kann mit ihr nur die Umordnung organisieren.“

„Um „Unrecht der Teilungen“ zu sprechen, hat man erst später gelernt. Es ist merkwürdig, das zu beachten, was ein polnischer Historiker der Gegenwart, Alexander Smolentzowski, darüber sagt: „Wenn man heute die Erinnerungen und mitleidvollsten Beweinungen der Geschick der Teilungen liest, so merkt man anerkauft über die gewaltigen Unterschiede zwischen dem gegenwärtigen und dem damaligen Widerhall, dem diese Ereignisse in den Gedankengängen und Gefühlen des Volkes auslösten. Was uns (d. h. die Polen) heute bis ins Innerste erregt, wurde damals ohne stärkere“

Protest hingegenommen. Die Entrüstung über die russischen Gemalten, die sich wiewolles in den Seelen einiger weniger Ausnahmestufen verbergte, konnte sich nicht allgemein verbreiten und ist erst später von den Geschichtsschreibern hinzugefügt worden. Der eine Kaiserliche Sanowitsch trat nach seinem Amt zurück, als sich um ihn Verbrechen und Niedertrachtigkeit ergossen; der eine einzige Wubicki protestierte im Sein gegen den russischen Delegierten; der einzige Aktion warf sich auf die Schmelde des Seins, um die herausgehenden Abgeordneten zurückzuhalten, der eine Kossakowski verlorste das Vaterland zu retten durch bemühungswolles Verlangen, konnte sich die Widerstandskraft aus dem Volke herausheben, während die mehrheitliche Mehrheit bei den ausländischen Höfen, selbst bei den Feinden (Prussien) festhielt. . . Dreimal wiederholte sich das ungebührliche, ohne Gleichen in der Geschichte bestehende Ereignis der Teilung und des Zerfallens eines großen Staates ohne dessen Kampf und mit Einzelkämpfern der Vertreter des Volkes einfließlich des Monarchen. Selbst die berühmte und geehrte Verfassung vom 3. Mai war daraus nicht das Werk einer Sejmtheitheit, sondern der Verführung eines Haupteins von Patrioten. Vier Jahre Haratrederei, Antigen und mühenbet Segenheiten waren notwendig, um diese Verfassung zustande zu bringen. Man sollte annehmen, daß ein so furchtbarer Schlag, wie es die Teilung war, das Volk mit Trauer hätte erfüllen müssen. In den Erinnerungen Wubickis aber lesen wir: „Als ich in der Hauptstadt eintraf, erfüllte es mich mit tiefer Gtraue, daß ich sie durchaus frohlich antraf, eingehend auf dem Wege der Vergewaltigung und des Luxus, zusammen mit dem König. Die in mir wühlende Erinnerung an die Segenheiten hatte man sich völlig aus dem Verstandlichen Gemütern gelöst. Niemand erinnerte mehr daran, so die Erinnerung daran gehörte sogar zum schlechten Kon. Die Zufriedenheit mit dem furchtbaren Schicksal war in den oberen Sphären so allgemein, daß den weitgenüßlichen Geschichtsschreibern zufolge die einzige starke Opposition gegen den wiederträftigen und wörtwärtigen König (August Potomski) seine von ihm verfallenen Geliebten bildeten. . . Und braucht man heute etwas hinzuzuführen? Die Segenheiten vom „Unrecht der Teilungen“ ist ein Erbteilend der späteren polnischen Agitation. Auch die polnische Geschichtsschreibung der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts hat für den Untergang Polens nicht den Eröberungsmillen der Nachbar, sondern die innere Schwäche des polnischen Staates, den Mangel an staatsbildenden Kräften im polnischen Volke verantwortlich gemacht. Erst in der Zeit der Polenheimkehrer, in den 30er und 40er Jahren, hat sich in Polen wie auch in anderen europäischen Ländern die Auffassung durchsetzen können, daß nicht Polen selbst, sondern die „Gemeinschaftlicher Nachbar die Schuld am Untergang des altpolnischen Staatsmens trage — eine Auffassung, die dann in der Zeit, in der die polnische Intelligenz von den nationaldemokratischen Ideen erfüllt wurde, noch dahin ergänzt worden ist, daß unter den Teilungsmächten der preussische Staat „der zum Verbrechen treibende „Anstifter“ war.“

Dr. R.

## Der unmögliche Korridor.

Die Londoner „Daily News“ richten in einem Artikel über die Kräftefrage in Europa an Lloyd George einen Appell, als Mitunterzeichner des Versailles Diktats für die Revision der deutsch-polnischen Beziehungen einzutreten. Die Erennung Okepreuzens von einem großen Reiche sei ein politischer Konflikt. Die Kriegsschuld sei an dieser Zerreißung des deutschen Offensiv und nachher erklärlich. Wenn aber das amtliche Polen heute erkläre, daß niemand eine Revision der deutsch-polnischen Grenze kommen dürfe, dann heiße das nur, daß der Krieg einmal später das erreichen werde, was heute noch durch Verknüpfung erzielt werden könne. Der Korridor sei nach der Meinung des letzten Engländers unahaltbar. Lloyd George aber, der damals in Versailles bezaunt habe, müsse endlich den Mut finden, die Staatsmänner der Entente auf die Gefahren hinzuweisen, die aus Okepreuz und dem Korridor eines Tages ein Schachspiel Europas machen könnten. „Weiter schreibt das liberale Blatt merkwürdig: „Jeder Engländer, der aus Polen kommt, weiß nichts anderes zu berichten, als daß Polen sich zum Waffengang vorbereitet. Den Probemobilisierungen folgen Pferdewandlungen, und unmittelbar an der deutschen Grenze werden immer neue Bunkerkommandos errichtet, denen man Maschinengewehre und Geschütze zuteilt. Polens Ziel bleibt unverändert das gleiche: Die Befreiung Okepreuzens, Danzigs und der deutschen Offgrenze. Mit diesem Entschluß sollte sich die Macht intensiver befaßen als bisher, um sich nicht Dinge wiederholen zu lassen wie die Befreiung Wilnas, Oberloßens und Memels.“

Unmöglich kommt aus London eine weitere Meldung von einer Meinungsäußerung Lloyd Georges, die, wenn auch nicht direkt den Korridor, so doch die Revision des Versailles Diktates behandelt. In einem Artikel des „Daily Telegraph“ (Nr. 123) propogiert Lloyd George den Gedanken, die Revision des Versailles Diktats dadurch vorzubereiten, daß die Schuldfrage des Weltkrieges manubar durch ein Konflikt unabhängiger Staatsmänner, Politiker

und Juristen eingehend geprüft werde. Sollte die im Jahre 1919 herrschende Annahme, daß Versailles letztendlich den Weltkrieg vorbereitet habe, also die „Ungleichheit“ am ihm trage, dann falle auch alles das im Versailles Vertrag von selbst zusammen, das sich auf Deutschlands Ungleicheit gründe.

\*

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Freiherr von Streitguth-Pringboon hatte in einem Aufsatz im Maiheft der Pariser „Revue Politique et Parlementaire“ das deutsch-französische Verhältnis erörtert und dabei erwähnt, daß Pilsudski noch während der Pariser Friedensverhandlungen ein Gegner der Einnahme des Korridorgebietes gewesen sei. Diese Stellung wird durch eine von der „Agence France“ verbreitete am 14. polnische Erklärung widerlegt. Demgegenüber hat Streitguth-Pringboon seine Äußerung aufrecht und beruft sich auf das Buch des nationaldemokratischen Führers Roman Dmowski: „Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Reiches“, Warschau 1925, in dem unpräzise gelogt ist, daß Pilsudski dem Anschlag der preussischen Teilgebiete nicht geneigt war. Darüber hinaus ist durch ein rechtskräftig geworden polnisches Gerichtsurteil H. Jansons festgestellt worden, daß Pilsudski auch die Annexion Oberloßens für eine unzulässige Sache erachtet habe, da Oberloßens eine arabische Kolonie“ (in Bericht der „Polonia“ vom 18. Dezember 1935). Ähnliche Äußerungen in noch härterer Form hat Dr. Luski, Vertreter Pilsudskis in der Pariser polnischen Kommission, laut Bericht eines anderen Mitgliedes dieser Kommission, Dr. Radwicki, im „Kurier Dzonanski“ getan. Im übrigen hat Pilsudski damit nur die Meinung vertreten, zu der führende Polen, wie Stück Jansons Kapituliert und der bekannte „Publizist“ Wl. Slawicki, sich während des Krieges bekannte, die Behauptung, daß Polen ohne Korridor und ohne Oberloßens nicht lebensfähig sei, ist von dem russophilen Polen, wie Roman Dmowski, erfinden worden.

## Im Schaffen Ödgingens.

Im den ersten vier Monaten 1932 hat der lewärtige Warenverkehr über Danzig im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres folgenden Umfang gehabt; es betrug in Co.:

	die Einfuhr	die Ausfuhr	1932	1931
im Januar	33 663,9	62 892,9	534 676,7	585 060,4
" Februar	19 880,8	28 647,8	381 051,6	504 015,9
" März	33 987,0	50 470,0	325 642,0	507 092,5
" April	38 383,4	67 367,8	397 592,5	631 789,3
Zusammen	125 925,1	209 378,5	1 657 122,8	2 227 958,1

Demnach ist während der ersten vier Monate 1932 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres die Einfuhr über Danzig um 83,43%, die Co. (40,0%), die Ausfuhr um 570,853%, Co. (25,6 v. H.), der Gesamtumschlag im Danziger Hafen um 654,288,7 Co. rückgängig gewesen.

Die volle Bedeutung dieser Stellungung geht erst dann hervor, wenn man zum Vergleich die Entwicklung des Hafens von Ödgingen heranzieht. Der Gesamt-Güterumschlag im Hofen von Ödgingen hat betragen

Januar bis April 1932	. . . . . 1 379 301,8 Co.
" " " 1931	. . . . . 1 381 847,8 Co.

Während der lewärtige Warenverkehr über Danzig in den ersten vier Monaten 1932 im Vergleich zum selben Zeitabschnitt des Vorjahres um 654,288,7 Co. gesunken ist, hat also der lewärtige Warenverkehr über Ödgingen fast auf die Hälfte genau den Umfang behalten können, den er im vergangenen Jahre in den ersten vier Monaten besessen hat. Polens Verbindungen, den Ödginger Hofen unter allen Umständen vor den Auswirkungen der verschärften Wirtschaftskrisis und der wachsenden Konkurrenz der englischen Kohle gegen die polnische Kohle zu schützen, haben sich schwerer Schädigung des Danziger Hafens gefürchtet, dieses Hafens, zu dessen voller Ausnutzung Polen durch die Entscheidung des Hofen Kommissars des Völkerbundes bekanntlich ausdrücklich verpflichtet ist.

Schon in den ersten Kriegsjahren hat Polen versucht, mit den überseeischen Baumwollexporteuren in direkten Kontakt zu kommen.

## Polnische Boykottheke gegen Danzig.

Der polnische Weltmarkenverein und andere deutschfeindliche Kampferbände in Polen haben in letzter Zeit eine ebenso energielose wie herausfordernde Propaganda für den Boykott Danzigs entfaltet. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat sich gegenwärtig gegen die diplomatischen Wege gegen die feindselige Agitation zu protestieren. Er hatte bereits am 23. Mai und dann erneut am 26. Mai dem polnischen Vertreter in Danzig diesbezügliche Noten zukommen lassen: „Seit einigen Tagen“, heißt es darin, „werden in dem von Polen nach Danzig fahrenden Zügen von dem polnischen Verein zur Verteidigung der Weltmarken Flugblätter verteilt und ausgelegt, die zu Boykott Danzigs und Zoppolds auffordern und Verleumdungen, die diesen Boykott nicht befähigen, schwere und exemplarische Strafen androhen. Stücke dieser Flugblätter fügen wir bei. Die Verteilung dergleicher Flugblätter auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig ist strafbar und als tief zu bedauernde polnische Hehe gegen Danzig von jedem, dem ein triebliches Verhältnis zwischen Polen und Danzig am Herzen liegt, aufs schärfste zu verurteilen. Um so befremdender und empörender ist es, wenn Beamte der Polnischen Staatsbahnverwaltung das Vorgehen in verantwortungsvoller polnischer Eifer nicht nur dulden, sondern auch unterstützen und schützen. So hat am 15. Mai 1932 ein Flugblatt, dessen Überleitung wir beifügen, am Schalterbrett der Amtlichen Eisenbahnauskunftsstelle auf dem heiligen (also dem Danziger) Hauptbahnhof hingehangen. Am 20. Mai wurden von Danziger Völkern, die den um 14,56 Uhr von Ödgingen kommenden Zug P 22 revidierten, mehrere Flugblätter in dem Abteil der 2. und 3. Klasse nachgelesen. Die Danziger Völkernamen sind in die Blätter nachgelesen. Bei dieser Dienstausübung wurden sie von dem Zugführer und Schaffner nie auch von dem felloortretenden Vorstand der Station Danzig Hauptbahnhof erragt zur Rede gestellt und aufgefordert, die Besitznahme zu unterlassen; hierbei wurden die Eisenbahnbeamten von mehreren Beamten der polnischen Staatsbahninspektion unterstützt. „Wir bitten dringlich“, heißt es weiter, „dass solche Boykottmaßnahmen als den zwischen Danzig und Polen bestehenden Beziehungen schädlich und demoralisierend unterlassen und dass die polnischen Eisenbahnbeamten disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.“

Als Dr. Pappe auf diese Danziger Beschwerde eine völlig unzureichende und in aggressivem Co. gehaltene Antwort erteilte, blieb der Danziger Regierung nichts anderes übrig, als von sich aus die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen zu ergreifen,

Bremen schlug damals nahezu 100 v. H. der polnischen Baumwollimportuhr um. Seit 1929 aber ist es Polen mit Hilfe eines ganzen Systems von fracht-, transport- und handelspolitischen Maßnahmen gelungen, den deutschen Baumwollhandel, wenn auch nur teilweise, auszufüllen. Der Anfang wurde mit dem Neubau von Vaggonwägen in Ödgingen gemacht, deren Umfang etwa 27000 Quadratraster erreichte. Mit dem 1. Januar 1932 wurde das polnische Umlagesteuergezet in der Weise revidiert, daß dem polnischen Handel die Schaffung von Konfignationslagern ermöglicht und damit der Konkurrenzkampf mit Bremen in voller Schärfe aufgenommen wurde. Eine weitere Etappe auf diesem Wege war dann die am 14. Januar 1932 erfolgte Einführung der Baumwollzölle in Höhe von 45 Stoty je 100 Kilogramm, zu einem Porgangssoll von 1 Stoty je 100 Kilogramm erfolgen kann. Der Baumwollimport über Ödgingen betrug im Jahre 1931 bereits 6064 Co., d. h. mehr als 11 v. H. des polnischen Einfuhrbedarfs. Eine rationale Entwicklung des im Entstehen begriffenen polnischen Baumwollhandels wird sich auf weitere Sicht nur dann erzielen lassen, wenn es gelingt, Ödgingen eine breite, über Polen hinausgehende Basis zu schaffen, also dem polnischen Baumwollhandel ein über Polen hinausreichendes Hinterland zu erschließen. Daber geben die Bestimmungen dahin, den Reichshof auch der tschechischen Baumwollindustrie über Ödgingen zu lenken. Darüber liegt Ungarn und der baltische Staatenraum für Danzig gewonnen werden. In diesem Sinne hat sich vor einiger Zeit in der „Gazeta Obojank“ unter dem Überschriften: „Ödgingen ein polnischer Baumwollhafen“ und „Wir haben die Konkurrenz Bremens bereits besiegt“, der Direktor der Fabrik Henselkammer geäußert: „Ödgingen besitzt heute bereits ein überaus reiches Angebot an Transportmitteln. Die Basis für den Baumwollumschlag im Gesamtumfang von 27000 Quadratern metern genügen, um den polnischen Gesamtbaumwollimport aufzunehmen. Die polnische Textilindustrie ist mit den bisherigen Transporten über Ödgingen zufrieden. (?) Im Zukunft ergibt sich auch die Möglichkeit, den Baumwollimport auch für andere Länder über Ödgingen zu leiten.“

um der polnischen Boykottpropaganda auf Danziger Boden ein Ende zu machen. In einer neuen (der dritten) Note ist dem Dr. Pappe mitgeteilt worden, daß die Danziger Polizei nunmehr angewiesen worden ist, mit allem Nachdruck durchzugreifen. Das heißt, der Note u. a.: „Wir haben mehrmals bringen gebeten, die Eisenbahnbeamten entsprechend zu belehren, da wir andersfalls gezwungen wären, sie wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt von uns aus zu bestrafen. Die fortwährende Praxis der Verduldung, Förderung und des taktvolligen Schutzes der Boykottbewegung durch polnische Behörden und Beamte trägt nicht nur die Merkmale eines nicht wohlwollenden Verhaltens gegenüber der Danziger Bevölkerung, sondern stellt sich auch als eine Verletzung und ein absoluter Bruch der die Republik Polen verpflichtenden rechtlichen Bestimmungen dar. Da wir auf unsere Noten vom 23. und 26. Mai 1932 eine Antwort bisher nicht erhalten haben und die unter behördlichem Schutz durchgeführten Boykottmaßnahmen nicht nachgelassen, sondern an Umfang noch zugenommen haben, sehen wir uns zu unserem großen Bedauern gezwungen, nunmehr unsere Polizei anzuweisen, mit allem Nachdruck gegen die polnische Boykottpropaganda auf Danziger Gebiet einzuschreiten und die polnischen Eisenbahnbeamten strafrechtlich einzuführen.“

Dr. Pappe hat diese Noternehmernahme der Danziger Regierung mit einer neuen Note beantwortet, in der er so nebenbei mitteilt, daß er die zuständigen Eisenbahnbehörden beauftragt habe, den Organen der polnischen Eisenbahnpolizei hinsichtlich der Verteilung von Flugblättern auf Danziger Hoheitsgebiet „die notwendigen Anordnungen zu erteilen“. Im übrigen aber heißt der Note zu die Danziger Regierung den Anträgen der polnischen Eisenbahnbehörden zur Boykottbewegung auf dem Gebiete der Freien Stadt entgegenzutreten. Dabei stellt er die Dinge natürlich so hin, als ob die polnische Boykottheke gegen Danzig nur „eine Reaktion der polnischen Öffentlichkeit auf die von den Danziger Behörden geforderte und sogar geforderte Propaganda Danzigs gegen Polen ist.“

Durch das unerschämte polnische Auftreten ist hier ein neuer schwerer Kampf nicht entstanden. Denn das polnische Auftreten auf Danziger Gebiet eine das Deutschtum offensichtlich herabsetzende und das ohnehin schwer notleidende Danzig weiter schädigende Agitation entfalten und dabei noch von dem amtlichen polnischen Vertreter gedekrt werden. Die Polen machen sich hier wieder einmal Herrenrechte an, wie sie im Kriege gegenüber einem besetzten Lande vielleicht angebracht sind. Es ist nur zu hoffen, daß der Danziger Senat die richtige praktische Antwort für diese Note findet.

## Die polnische Eisenbahnverwaltung in Danzig.

Die polnische Eisenbahnerwaltung in Danzig war von jeder der Mittelpunkt der Polonisierungsmassnahmen im Gebiete der Freien Stadt, die treibende Kraft des polnischen Schul- und Vereinswesens in Danzig und die Stelle, an der alle polnischen Herausforderungen der Deutschen Danzigs ihren Rückhalt fanden. Ohne die treibende Wirkung des Beamten mit ihren Familien wären weder das polnische Schulwesen aufrechterhalten noch auch die zahlreichen Organisationen kulturellen, politischen, militärischen Charakters in ihrem bisherigen, beanspruchenden Umfang fortzuführen. Es ist daher ein Ereignis von grosser Bedeutung, wenn die Danziger Regierung jetzt dem polnischen Vertreter Dr. Pappe eine Note hat zugehen lassen, in welcher es heisst: „Durch die Entscheidung des Vohen Kommissars vom 12. Dezember 1922 und durch den diese Entscheidung behaltenden Beschluß des Rates des Völkerbundes am 13. März 1925 ist rechtserklärt, das Pololen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen, als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen Eisenbahnen, beschäftigt. Mit der durch die vorgenannte Entscheidung geschaffenen Rechtslage steht es nicht im Einklang, daß die polnische Eisenbahnerwaltung in der Eisenbahndirektion und in den Eisenbahnerwaltungsinstituten in Danzig Verwaltungsinstitute richtet, da sich nicht nur auf der Verwaltung der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen Eisenbahnen beschäftigt. Die Regierung der Freien Stadt beehrt sich daher, die polnische Regierung zu veruchen, die Verwaltung der polnisch-pommerellischen Eisenbahnenlinien spätestens bis zum 31. Dezember 1932 aus dem Gebiete der Freien Stadt Danzig zu entfernen.“

• Zum Verständnis des Danziger Verlangens auf Entfernung der polnischen Eisenbahndirektion aus Danzig ist ein Rückblick auf die Entwicklung der Dinge notwendig. Sinerzeit hat die polnische Regierung gegen den ausdrücklichen Widerspruch des Danziger Staatsrates neben die für die Danziger Eisenbahnen, die in polnische Verwaltung übergingen, bestimmte Verwaltungsbehörde auch noch die für das Korridorgebiet zukünftige Direktion nach Danzig verlegt. Aus dem Nebeneinander beider Behörden wurde bald ein einheitlicher Verwaltungskörper, der nach rein polnischen Absichten geleitet wurde. Im Jahre 1922 ließ die Danziger Regierung zur Annahme des Völkerbundskommissars in dieser Angelegenheit genötigt. Völkerbundskommissar General Haking untersuchte die Rechtslage und kam in Ziffer 5 seiner Entscheidung vom 12. Dezember 1922 zu folgendem Resultat: „Ob entfchiede, daß Polen kein Recht hat, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiete der Freien Stadt gelegenen beschäftigt.“ Polen gab sich mit dieser Entscheidung jedoch nicht zufrieden und legte Verlangen ein. Es dauerte noch drei Jahre, bis endlich der Völkerbundrat sich der Notwendigkeit nicht mehr verschließen konnte, am 13. März 1925 die Entscheidung Haking zu bestätigen. Er erkannte somit an, daß Polen zur Verlegung der pommerellischen Eisenbahndirektion in Danzig nicht berechtigt ist, legte aber beiden Seiten nahe, sich über diese Frage gütlich zu einigen. Danzig ist dazu auch bereit gewesen, es nahm sofort Verhandlungen mit Polen auf und machte eine Reihe von Vorschlägen, die jedoch von Polen abgelehnt wurden. Die Verhandlungen zogen sich bis zum Jahre 1926 hin und mußten schließlich aufgegeben werden, weil Polen sich zu keinerlei Entgegenkommen bereit

zeigte, dagegen aber in der polnischen Presse die unerhörte Drohung laut wurde, daß die Danziger Wirtschaft es schon am eigenen Leibe zu spüren bekommen würde, wenn die Danziger Regierung auf Erfüllung des Völkerbundsratsbeschlusses bestehen sollte! Die Danziger Regierung hat sich bei dieser Gelegenheit dem in späterer Zeit haben in der Hoffnung, daß Polen vielleicht von sich aus zur Erfüllung der Entscheidung des Völkerbundsrates schreiten würde. Diese Erwartung trug, und so erneuerte die Freie Stadt denn im Jahre 1929 ihre Bemühungen, dem Ratsebeschluß Geltung zu verschaffen. Es wurde wieder verhandelt, bis am 26. Oktober 1929 Minister Straßburger nord heraus erklärte, eine Fortsetzung der Verhandlungen scheint ihm nicht mehr zweckmäßig zu sein. Dann trat wieder eine Pause ein, bis am 12. März 1931 die Danziger Regierung des Völkerbundskommissars beide Parteien erneut an den Verhandlungstisch setzten. Wieder wurden von Danziger Seite konkrete Vorschläge gemacht, und Minister Straßburger stellte eine baldige Antwort der polnischen Regierung in Aussicht. Diese Antwort aber blieb aus, so daß schließlich Danzig sich gezwungen sah, erneut den Völkerbundskommissar anzugehen. Es wünschte eine Klärung der Frage, wie die Instruktion beschaffen sein müßte, die Polen in Danziger Gebiet im Interesse der Danziger Eisenbahnen und der Danziger Wirtschaft aus dem Gebiet entfernen müßte, wenn die pommerellische Direktion fortlerlegt werde. Diese Entscheidung erging im Januar 1932, wurde angedeutet, vom Völkerbundrat am 10. März d. J. aber für rechtskräftig erklärt. Jetzt waren klare Verhältnisse geschaffen, und Polen hätte die Pflicht gehabt, nun endlich im Sinne der seit 9½ Jahre unternommen Entscheidung General Haking die pommerellische Direktion aus Danzig zu entfernen. Polen macht aber keine Anstalten dazu, und so bleibt der Danziger Regierung nichts anderes übrig, als durch die folgende Note Polen eine letzte Forderung zu stellen: „Die Erfüllung der Völkerbundsratsbeschlüsse zu sehen.“

### Säuerung im Korridorgebiete.

Im Korridorgebiete kommt es in letzter Zeit fast täglich zu wahrhaftigen Kundgebungen. Kamentlich in der Kaschubel wird in öffentlichen versammelten Zusammenkünften einberufen, in denen die Forderungen nach Autonomie für Pommern, Polen und Oberbrasilien erhoben wird, und zwar mit der Begründung, daß vor allem durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Gebieten es sich gezeigt habe, daß für sie kein Zusammenhalt mit den übrigen polnischen Gebieten besteht. Dazu kommt die verpackte Darstellung des Korridorgebietes mit den verstreuten Dörfern und aus Kongregpolen und aus dem Gebiet der Freien Stadt als ein „beimischen Arbeitskräften“. Bei der Austragung dieser Örgane ist es schon an zahlreichen Orten, besonders in der Umgegend von Gdingen und Neustadt, zu Zusammenkünften gekommen, bei denen sich die Polizei auffallen polio verhielt. In dem im Herbst vorigen Jahres nach Neustadt geleagte polnischen Infanterie-Battalion kam es zwischen Offizieren und Mannschaften zu Missetlichkeiten, weil sich die Mannschaften über die zu geringe Vöhung befürworteten, die bei der zunehmenden Wirtschaftskrise für sie ein Recht bedeuere. Amnietzeit es gelangen dürfte, die weiter unbenutzten Unfriedenszeiten unter den Mannschaften zu beilegen, bleibt abzuwarten, zumal es sich nach um Mannschaften aus Kongregpolen handelt, die in ihrer Lebenshaltung ohnehin sehr anprustlos sind.

## Deutsches Memel-Direktorium!

Die Lage in Memelland hat infolgedessen eine gewisse Klärung erfahren, als nach dem deutschen Wähltag, nach dem Rücktritt von Simmat und Mergis und nach der Ernennung des neuen Gouverneurs Sgyls nunmehr ein neues, rein deutsches Direktorium ernannt worden ist. Zum Landespräsidenten wurde der Syndikus der memelländischen Handelskammer, Dr. Schreiber, zu Direktorialmitgliedern der Hauptlehrer Sgyl und der Abgeordnete Sgylad ernannt. Der Verlust der litauischen Regierung, das Memeldeutschum durch Terror zur Preisgabe seiner Autonomie zu zwingen, der am 6. Februar d. J. mit der Ablegung des deutschen Direktoriums Boettcher begann, hat jetzt mit der Bildung eines neuen deutschen Direktoriums seinen — vorläufigen — Abschluß gefunden. Der neue Präsident, Dr. Schreiber, ist im heutigen Korridorgebiet geboren. Er ist einer der besten Kenner der memelländischen Wirtschaft, der mit dem Ratsebeschluß der Regierung in Romne als Wirtschaftsfachverständiger teilgenommen hat und dessen Autorität auch von litauischer Seite anerkannt wird. Politisch ist Dr. Schreiber bis zu den letzten Wahlen nicht heroorgereitet, wohl aber genießt er auch in dieser Beziehung bei der memelländischen Bevölkerung weitgehendes Vertrauen. Von den Direktorialmitgliedern ist Wolgoda bisher politisch ebenfalls nicht besonders heroorgereitet; er ist Mitglied der Memelländischen Volkspartei. Sgylad, der der Kandidatenschaftspartei angehört, war bereits Mitglied des Direktoriums.

Den Sitzungen ist es sicherlich nicht leicht gefallen, sich mit einer

solchen Entwicklung zu Deutschlands Gunsten abzufinden. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß sie in Zukunft bei Verjuden, die Memelautonomie zu beilegen, aufgeben werden. Bis zum Beweis des Gegenteils hat man allen Grund zu der Annahme, daß Romne sich nicht aus erlicher Friedensbereitschaft, sondern nur mit Rücksicht auf die Behandlung des Memelrestriks in Haag diese unerwartete Zurückhaltung in Memelland anfertigt hat. Die neue Stellung in Haag ist von vornherein nicht gerade angenehm gemein. Es war schon äusserst blauhaft für die Romner Regierung, daß es ihr nicht gelungen war, für die Verhandlung in Haag einen Verteidiger zu gewinnen. Die anfangs vorgehenden Staatsrechtler von internationaler Ruf haben die Übernahme der Verteidigung abgelehnt. Bei den Verhandlungen in Haag, die am 8. Juni begannen, hat sich Litauen recht dillere Wehrstellen zeigen lassen müssen. Der englische Vertreter hielt sich, das Memelrestriks in Haag ab, die Verhandlung der Memelangelegenheit in Haag als eine Verletzung seiner Souveränität zu betrachten. Die eigentliche Regierung des Memellandes ließe dem Memelrestriks zu; der Gouverneur besitze nur bestimmte Kontrollbefugnisse, die sich nur auf die gesetzgebende, nicht aber auf die ausführende Macht beziehen. Er habe kein Recht, den Präsidenten des Direktoriums abzulehnen. Die französischen, belgischen und japanischen Vertreter stimmten den englischen Ausführungen zu. Litauen schloß sich in einer hilflosen Lage. — Die Verhandlungen wurden auf den 13. Juni vertagt.

# Religion und Politik.

## Der liebe Gott des Pfarrers Domancki.

„Der Pfarrer Dr. Domancki in Zakrzewo im Kreis Jastrowo ist ein streitbarer Herr. Streitbar für die katholische Kirche und streitbar nicht weniger für die Sache des nationalen Polens. Das wäre an sich nichts, was man ihm zum Vorwurf machen könnte, denn es gibt katholische Geistliche in fast allen Ländern der Welt als aktive Politiker, und woun der Pfarrer Dr. Domancki als Angehöriger der polnischen Minderheit in Deutschland den Ruf des Bundes der Polen im Deutschen Reich übernahm, so ist sein gutes Recht. Politik im Sinne der polnischen Minderheit zu treiben. Aber polnische Minderheitenpolitik ist für diesen streitbaren Pfarrer keineswegs nur der Kampf für die kulturellen Rechte der deutschen Staatsbürger polnischer Zunge. Mit all der Energie, die diesem Manne zu eigen ist, vertritt er dem Standpunkt, daß nicht nur sein Sprengel, sondern ganz Ostdeutschland ein widerrechtlich von Polen besetztes Gebiet des großen polnischen Staats ist.“ Das ist nicht ganz die Realität, die der Bund der Polen in Deutschland bei allen offiziellen Gelegenheiten möglichst liebhaft auf seine Bundesfahne schreibt, und es ist für einen deutschen Staatsangehörigen, der obenrein ein Vertreter der christlichen Tugendliebe sein will, schon eine ganz beachtliche Leistung, wenn er Ausprüche tut, wie der Dr. Domancki am 13. November 1929, als er in einer Wählerversammlung sagte: „Wir Polen auf deutschem Gebiet fürchten uns nicht vor der deutschen Regierung, denn in unserem geliebten Polenland sind ja auch die Deutschen. Wenn uns hier etwas passiert, können wir damit rechnen, daß wir es ihnen auch vergelten lassen.“

Der christliche Pfarrer und deutsche Staatsangehöriger, der von seinem geliebten Polenlande spricht und die ein wenig heidnische Theorie des „Auges um Auge und Zahn um Zahn“ predigt, begnügt sich jedoch mit dieser politischen Betätigung keineswegs. Wählerversammlungen und das Rednerpult bei weltlichen Veranstaltungen erscheinen ihm nicht ausreichend. Er kennt die katholische Bevölkerung im deutschen Osten fast genau, um zu wissen, daß der wirkliche Einfluß auf die einfachen Menschen dieser Landstriche nicht vom Politiker, sondern vom Pfarrer ausgeht wird. Und deshalb wird der liebe Gott des Pfarrers Domancki zu einem Polen, die Mutter Gottes ist die polnische Königin, und der Pfarrer Domancki ist ihr Prophet, wenn auch nur ein Kleiner und ein Tropfen des Himmels.

Man kann sich weder der Pfarrer Domancki sein, wenn man Deutsch ist. Viele Leute des Pfarrers Domancki finden vielleicht ein wenig lämpel; aber man darf nicht vergessen, daß sie in unendlich vielen Fällen schon ihre Wirkung getan hat und weiterhin ihre Wirkung tun wird. Die einfachen Bauern und Landarbeiter des Kreises Jastrowo, die der geistlichen Fürsorge des Pfarrers Domancki ausgesetzt sind, müssen in die schwersten Gemütskonflikte kommen, wenn ihnen eine Respektsperson wie der Herr Pfarrer in einer öffentlichen Versammlung sagt: „Wer ein wahrer Katholik sein möchte, muß sich der liebe Gott für sich selbst als polnische Zunge mit auf die Welt. Ein Katholik, der nur deutsch spricht, ist beinahe einem Protestanten gleich zu achten.“ Man muß sich vor Augen halten, welche überragende Stellung ein Pfarrer in einer kleinen dörflichen Gemeinde einnimmt, um erkennen zu können, wie stark der Druck ist, der auf die Überlebenden ausgeübt wird. Die überzogenen Maße der ländlichen Bevölkerung, gerade der östlichen Grenzkreise, ist stark religiös eingeleitet, und das Wort des Pfarrers hat einen selbstverständlichen mehr als das jedes anderen Menschen. Die kirchlichen Feiern, die Erbauungen, Lesen und Gebetsschiffe sind die Höhepunkte des einfachen und einsamen Lebens dieser kleinen Bauern, und der Zorn des Pfarrers wiegt schwerer als die Lagnade der Behörden, die weit fort in der Stodt als dunkle und beinahe anonyme Mächte thronen.“

(Aus „Polen an der Arbeit“ von St. W. v. Oerben.)

## Der Fall Hanke in Groß-Rimborsf.

Unter der Überschrift: „Wer ändern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“, lesen sich die Polenblättchen in Berlin und Oppeln mit dem Fall des Pfarrers Hanke aus Groß-Rimborsf in Wobler-schlesien auseinander; dieser katholische Geistliche hatte, wie auch im „Ostbund“ berichtet, im Religionsunterricht einen Schüler, der nicht polnisch werden wollte oder konnte, mit seinem Krüchlein derart verpöchtelt, daß das Kind mehrere Tage krank darniederlag, und der Pfarrer selbst wegen Körperverletzung zu 100 RM Geldstrafe hin. 20 Tagen Schulzens verurteilt werden mußte. Die Polenblättchen wollen nun entdecken haben, daß Pfarrer Hanke „nirgends Pole war“, sondern „ein gebürtiger Deutscher aus Räte“ ist; und sie wollen die Sache so hinstellen, als ob durch die Hanke'sche Dreimalmethode nicht die polnische, sondern die deutsche Seite beleidigt würde. Das ist nun allerdings ein merkwürdiger Deutscher, der eines deutschen Jungen, weil er nicht polnisch spricht, mit dem Krüchlein bewelkt, und sonderbarer Deutscher ist das, der sich (nach dem Bericht der Polenblättchen) dem Wagnis seiner Pfarrkinder widersetzt, deutschen Gesang und deutsche Predigten in der Kirche einzuführen (obwohl er, wie die Polenblättchen ausdrücklich betonen, seine polnischen Predigten wegen Mangelnder Sprachkenntnis vom Manuskript ablesen muß) Die

Polenblättler können sich über ihn nicht beklagen; sie nennen ihn einen „gerechten Deutschen, der wegen seines aufreizenden Willens zum Zusammenleben mit dem armen polnischen Volke nur „Ächtung verdient“. Ihre Vögel läßt man einem verworrenen: Danke Joli Deutscher sein, obwohl er deutscher Vögel ist, daß die Vögel Deutscher sind. Uns will scheinen, daß in einem solchen Verhalten alles andere als eine deutsche Genugtuung zum Ausdruck kommt. Die Ursache, daß Hanke den Kindern die polnische Sprache mit dem Krüchlein einbläuen will, wird von der „Polenbroschüre“ gar nicht in Abrede gestellt, sondern als ein Beweis seines „achtunggebietenden Gerechtigkeitssinnes“ bezeichnet. Uns ist nicht ganz klar, wieso mir da in eine Grube, die mir angeblich anderen gegraben haben, hineingefallen sein sollen.

Die deutschnationalen Reaktionen hat der Fall dieses Pfarrers zum Anlaß genommen, einen Antrag im Landtag einzubringen, in dem u. a. ausgeführt wird, daß der Fall Hanke nicht der einzige Fall von Error sei, wie er von dem polnisch geäußerten Teil der katholischen Geistlichkeit Obererschlesien ausgehe werde, daß es der erste Fall sei, der endlich vor Gericht einmündig festgestellt wurde. Der Landtag solle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit den in Betracht kommenden kirchlichen Anstalten in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel, daß 1. die deutschsprachige Bevölkerung Obererschlesien in ihrer kirchlichen Betätigung mindelstens in derselben Weise Berücksichtigung finde, wie der polnisch sprechende Teil der deutschen Bevölkerung, 2. der unwürdige „Behandlung deutscher Kinder durch polnisch geäußerte katholische Geistliche unter allen Umständen ein Ende gemacht werde. — 3. dem polnisch sprechenden Teil der katholischen Geistlichkeit in Obererschlesien nachdrücklich klargemacht wird, daß deutschfeindliche Tätigkeit mit der Würde des Priestertums in keiner Weise in Einklang zu bringen ist. Über das Ergebnis der Verhandlungen solle dem Landtag Bericht erstattet werden.

## Ein sonderbarer Wiederläufer.

In Obererschlesien hat das merkwürdige Vorgehen eines katholischen Pfarrers bereitendes Aufsehen erregt. In Friedensruhe sollte nämlich ein 12jähriges Mädchen, das aus einer evangelisch-katholischen Mischehe stammt, zur katholischen Erstkommunion gehen. Das Kind, dessen Mutter evangelisch ist, ist feinerlich in der evangelischen Kirche getauft worden. Vor dem Kommunionstage besuchte der polnisch-katholische Pfarrer das Kind zu sich und teilte es ohne Wissen der Eltern (!) noch einmal, nur im Weizen des Kirchenbauers. Auch mit dem katholischen Vater hatte der Pfarrer vorher nicht darüber gesprochen. Als die Mutter deswegen bei dem „Pastor“ vorpford, antwortete er ihr nur: „Trüber war das nicht, ich muß mich das sein.“ Eine solche Nichtachtung der evangelischen Taufe bedeutet eine schwere Kränkung der evangelischen Kirche. Denn nach Ansicht dieses polnischen Priesters ist ein evangelisch getauftes Kind kein Christ.

\*

## Vom deutschen Schulwesen in Polen.

Der Polnische Lehrerverband für die Wojewodschaft Schlesien, dem 46 u. 8. oder Lehrer der Wojewodschaft angehören, während nach dem Schulgesetz des Verbandes 34 u. 8. der Lehrer anorganisiert sind, hielt in Katowice seine Jahrestagung ab. Der Abgeordnete Sikka hielt ein Referat über die Schulverfassung. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gegen den Unterricht der deutschen Sprache als Pflichtgegenstand in den Volksschulen Obererschlesiens Stellung genommen wird, und zwar mit der Begründung, daß mit Rücksicht auf den Grenzcharakter der Wojewodschaft Schlesien und die partielle Einholung der breiten Masse der Bevölkerung (1/3) sowie mit Rücksicht auf die großen Unterschiede in der Beschäftigung der Schuljugend zur Erlernung der deutschen Sprache der Unterricht derselben nicht erzwungen ist. Die deutsche Sprache solle nur auf besonderen Wunsch der Eltern in Katzin, nicht aber im Klassenunterricht gelehrt werden.

Trotz außerordentlicher Agitation des Weltmarken-Verbandes hat die Zahl der Anmeldungen zur deutschen Schule in Friedensbüste, Ost-obererschlesien, erheblich zugenommen. Gegen 35 Schüler im Vorjahre wurden jetzt 41 Kinder neu angemeldet, letztere wurden acht Kinder aus der polnischen Schule in die deutsche umgewandelt, weil die Eltern eingesehen haben, daß eine deutsche Schulbildung den Kindern eine bessere Zukunftsmöglichkeit eröffnet, und ferner, weil wirtschaftliche Druckumstände bei der Arbeitslosigkeit in Ost-Obererschlesien auf die zahlreichen arbeitslosen deutschen Väter keinen Eindruck mehr machen.

Wieder gab es in Lodz nur staatliche deutsche Volksschulen, auf die die Minderheit keinen Einfluß hatte und deren Kultur- und Schulunterricht ausschließlich auf nationalpolnische Beschäftigung abgelehnt ist. Nach langen Bemühungen ist es jetzt gelungen, die Genehmigung zur Errichtung einer ersten deutschen Volksschule in Lodz zu erreichen. Man hofft, auch an anderen Orten allmählich derartige Schulen schaffen zu können, wenn die Behörden es nicht wieder verhindern.

## Der Ostbund hilft Dir!

Wiltst Du ihm helfen? Dann wirf Mühlstein für ihn und Laster für sein „Ostland“. Dadurch förderst Du wirksam unsere gemeinsame Sache

# Tatsachen und Lieder.

## Polnische Steuereintreiber.

Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgende Zerschelt aus Polen: Ein deutscher Bauer in Nordpommerellen schuldete für Gebäudesteuer eine Restzahlung von 85 Zloty. Dafür wurde ihm im März eine Kuh geschenkt. Er legte sofort Beschwerde beim Starosten gegen die Pfändung ein mit dem Hinweis, daß es gesetzlich unzulässig sei, die einzige Kuh zu pfänden. Der Bauer vermied aus darauf, daß seine Frau nicht krank sei und er zwei Kinder unter 14 Jahren habe, so daß er die Milch bringen könnte. Er gab Vorstellungen an die Zwangsversteigerung, die aber keinen Erfolg hatte, da nur eine Frau als Käufer erschienen war. Der Amtsdienst wollte darauf die Kuh mitnehmen, worauf der Bauer ihm sagte, daß die Kuh jede Stunde kalben könne. Tags darauf hatte die Kuh auch tatsächlich kalbt. Der Amtsdienst teilte darauf dem Amtsvorsteher telefonisch mit, daß ihm die Kuh verweigert werde. „Nach drei Stunden“ — so schloß der Bauer den Bericht weiter — „kam der Amtsdienst wiederum mit dem Senbarm. Dießen wollten meine Frau und ich im guten die Sache erklären. Er ließ aber überhaupt nichts erklären, sondern griff den Karabiner von der Schulter, pflanzte das Seitengewehr auf und machte Gewehransschlag gegen meine Frau mit den Worten auf Polnisch: „Ich werde euch zeigen!“ Darauf ging er zum Stall und wiederholte den Anschlag zum zweiten Mal. Als dann der Amtsdienst den Stall mit Gewalt aufbrechen wollte, um die Kuh hinauszuführen, blieb ich weiter nichts übrig, als von meinem Pächter die 85 Zloty zu leihen und den Betrag zu bezahlen. Der Pächter sicherte sich natürlich in der Weile, daß die Kuh so lange sein Eigentum bleibt, bis ich ihm das Geld zurückzahle. Da ich aber vorläufig dazu nicht in der Lage bin, so ist meine Familie ohne Milch. Daß dieses Vorgehen gegen eine wehrlose Frau nicht ohne Folgen blieb, ist erklärlich. Zu meine Frau schon fordern mit den Ketten zu tun hatte, verfallenermies sich der Zustand durch den Schreck daran, daß ich einen Arzt kommen lassen mußte, der auch ein Mittel dahin ausstellte, daß die Krankheit durch den Schreck entstanden ist.“

## Das Recht auf den deutschen Vornamen.

Nachdem vor zwei Jahren eine Reihe von deutschen Kandidaten gerichtliche Entscheidungen dahin herbeigeführt hatten, daß sie berechtigt sind, ihren deutschen Vornamen, der fandesamtlich eingetragen ist, weiter zu führen, hat jetzt eine neue Aktion gegen die deutschen Vornamen eingeleitet. Die Bürgermeister der Städte Kolmar, Czornikau, Lublin und Radwanke haben alle deutschen Familiennamen vorgeladen und sie aufgeführt, auf die sie in ihren Schildern und Druckwerken ihre deutschen Namen zu veröffentlichen. Der größte Teil der Geschäftsinhaber hat sich geneigert und ist daraufhin mit Strafen bedroht worden. Die Bürgermeister haben an, auf höhere Anweisung zu handeln. Mehreren deutschen Kaufleuten wurden sogar Auszahlungen von Postanweisungen verweigert, wenn sie nicht mit polnischen Vornamen unterschrieben. Es ist sogar eine Liste der polnischen Vornamen aufgestellt worden, mit der Angabe, welchen deutschen Namen die einzelnen polnischen entsprechen. Aus einem Andreas hat man einen Andreas gemacht, aus einem Paul einen Bogumil, aus Albert Wojcisz, aus Henryk Wamjan, aus Gottlieb Bogumil, aus Hans und Johannes Jan, aus Ulrich Strykowski, aus Karl Krol usw. — Nach einer ministeriellen Verordnung vom 20. März 1929 ist die liberierung deutscher Vornamen ins Polnische unterlag. Eine Verletzung der amtlichen Eintragungen im Standesamtregister und im Handelsregister ist ebenfalls nicht statthaft. Ferner widerspricht die Forderung der Bürgermeister dem Minderheitenvertragsvertrag und der polnische Verfassung. Es sei noch darauf hingewiesen, daß in Deutschland von jeher polnische Vornamen eintragungsberechtigt waren und noch heute sind. Auch hier herrscht wieder einmal zweifelhafte Recht.

## Polnische Zollkontrolle.

Im oloberchloßlichen Sejm (der inzwischen aufgelöst worden ist) hatte der Deutsche Klub eine Interpellation eingebracht, die das rigorose Vorgehen der polnischen Zoll- und Polizeibeamten grell beleuchtete; es heißt darin:

„Wer aus irgendeinem Grunde gezwungen ist, die deutsch-polnische Grenze zu überschreiten, kann beobachten, in welcher rigorosen Weise manche Zoll- und Polizeibeamte mit der Bevölkerung umgehen. Die Revolution an den einzelnen Grenzübergängen hat in der letzten Zeit bereit scharfe Worte hervorgebracht, daß die Bevölkerung zur Verunsicherung gebracht wird. Von jeder eingetragenen ankündigenden Person verlangt man den Beweis, wo die Sachen hin, Wäpche gekauf wurden. Eine besonders strenge Kontrolle wird bei den Frauen durchgeführt. Diese werden gezwungen, sich zu entkleiden, die Wäpche wird ihnen teilweise beschlagnahmt. Derartige Fälle sind in den Abendstunden des 3. Mai am Bahnhof Bratzen geschehen. Es erweckt den Eindruck, daß das Vorgehen der Revolutionsbeamten nicht auf Milderheit, sondern auf der Sacht, die Bevölkerung zu inkarnieren, zurückzuführen ist. Ein derartiges Vorgehen ruft unter der Bevölkerung große Erbitterung hervor. Die Bevölkerung, welche

auf legalem Wege die Grenze überschreitet und mit Warenströmmel nichts zu tun hat, hat das Recht zu fordern, von den Beamten anständig behandelt zu werden. Beamte, die es nicht verheßen, mit dem Volke umzugehen, müßten ihrer Ämter entbunden werden...“

## Die Koshuben-Hymne.

Nachstehend geben wir die Uebersetzung der von dem Dolmetscher in Bütomer Kreise, dem wegen Meinens arztlichen Jan Bauer, gelehrten Koshubenhymne, die von Jarosch Derzowski gedichtet wurde.

„Dort, wo die Weipfel von Krakow bis ins polnische Meer fließt, Wird polnische Sprache und polnischer Glaube nie untergehen. Wir haben mit den Deutschen, nicht ihr, lange blutige Kriege geführt. Freie Lieber schloßen sich immer über Berg und Wald. Es kam der Kreuzritter mit hartem Eisen, überlieferte Dörfer und Städte.

Dafür jind jetzt seine Schwerter unfer, die über uns donnerten 800 Jahr!

Uns rief ja seiner Schar der polnische König Jagiello, Die Knochen in den deutschen Genicken krachten, daß es recht angemessen war.

Mit des heiligen Kreuzes Zeichen, Mäx, Akt und Sense, Damit steht der Koldube in der Hölle und mischt dem Geufel die Asche ab.“

Und der Rehrreim der Koshuben-Hymne lautet:

„Niemals um Unterzang kommen die Koshuben, Morch, morch, morch gegen den Feind. Wir halten mit Gott.“

## Die Rota.

Die Rota, der Hofkapellang gegen Deutschland, dessen Verfasserin Maria Kenopnicka ist, spielt bei allen polnischen Kundgebungen eine wichtige Rolle; er wird auch von den Polen in Deutschland bei allen Gelegenheiten, selbst in Schule und Kirche gesungen.

„Wir werden die Scholle unserer Väter nicht aufgeben und unsere Sprache nicht begraben lassen. Wir sind eine polnische Nation, ein polnisches Volk, Vom königlichen Pfaffenflamme. Wir werden uns durch den Feind nicht germanisieren lassen. So helfe uns Gott!“

So lange ein Blutstropfen in unseren Adern kreist, werden wir für unsere Uebersetzung einstehen, bis das kreuzritterliche Ungelium in Staub und Asche zerfällt. Jede Schmelze wird uns eine Seltung sein! So helfe uns Gott!

Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht spien und unsere Kinder nicht germanisieren. Der Welt wird unser Anführer sein am Gage, an dem das goldene Horn erschallt! So helfe uns Gott!“

## Das Lied der polnischen Schützen in Danzig.

Auch der polnische Schützenverband in Danzig hat sein eigenes deutschfeindliches Schützenlied. Verfasser sind die polnischen Postbeamten Peter Cezmer und Stefan Komakowski. Das Lied lautet:

„Unser Danziger Soldat ist zum Kopf bereit, Bereit sind unsere Bajonette, Um die letzten kreuzritterlichen Fesseln zu zerschneiden Und für ihre Verbrechen Vergeltung zu nehmen.

Wenn die Zahl nicht ausreicht, so wird sie der Geist verdreifachen, Und die Begeisterung wird uns in Donner umwandeln. Vor der Kraft dieses Donners wird der Schwabe (Deutsche) keinen Hort finden, Er wird aus dem Lande an der Seeküste ausgerottet.

Der Versailles Vertrag bistst uns nichts, Wenn uns der Kreuzritter ständig plagt. Die Grenzen werden unsere Schützen mit Bajonetten abmessen,

Wir gehen nicht Danzig, auch nicht die See.“

Und das ist der Rehrreim dieses Schützenliedes:

„Daß Ohpreußen polnisch ist, Werden wir an der Front würdig zeigen. Mit Blei und mit Blut werden wir Paragrapphen hängen, Daß mir uns mit Polen vereinigen wollen.“

**Bis zum 20. Juni** müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für das 3. Vierteljahr aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspfr. für 1 Viertel, beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgeb.)

# Aus der Arbeit des Deutschen Ostbundes.

Aus dem eingehenden Jahresbericht des Deutschen Ostbundes, der der Jahreshauptversammlung vorgelegt worden war, geben wir im folgenden einige Absätze, in denen die Kultur- und Junglöhlarbeit behandelt wird:

Von den Arbeiten der Kulturabteilung im Jahre 1931 waren die in den verschiedenen Orten gezeigten Ausstellungen von besonderer Bedeutung. Die Ausstellungen begannen im September 1931 in der Stadt Wittenberg, wo die dortige Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes unter Leitung ihres Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Buchmann, örtlicher Träger der Ausstellung war. In Wittenberg wurde die Ausstellung in den Räumen des alten kurfürstlichen Schlosses untergebracht und erfreute sich bei den Behörden, der Presse und dem Publikum außerordentlicher Beachtung.

Als nächster Ausstellungsort folgte wenige Wochen später Magdeburg, wo die Stadtverwaltung die örtliche Trägerhilfe übernahm und wo die Ausstellung in den sehr geräumigen städtischen Hörsälen ausgestellt wurde. Auch hier gelang es, die Öffentlichkeit in hohem Maße zu gewinnen; die Eröffnung der Ausstellung übernahmen der Reichskammerrat und der Oberpräsident der Provinz Sachsen. Am dritten Tage folgte die Universitätsstadt Halle a. d. Saale, wo mir die Ausstellung in Gemeinschaft mit dem Reichspropagandabund und der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände zur Schau gestellt. Ramentlich die Professoren und die Studentenschaft der Universität sowie die Presse traten in Halle der Ausstellung besonderes Interesse entgegen.

Im Sommer 1931 veranstaltete das Schulbezirk der Stadt Berlin ein in der Oberen Abteilung der Reichshochschule in Schulin, an dem wir uns mit dem ostpreussischen Teil unseres Ausstellungsmaterials beteiligten und dadurch den größten Erfolg der Ausstellung betrieten.

Am Herbst 1931 folgte als nächst letzte Ausstellung auf besonderen Wunsch der Stadt Magdeburg eine zweite Ausstellung in Magdeburg, die nach Vereinbarung mit der Stadt dem Thema Schließen gewidmet war. Diese Ausstellung fand die besondere Anerkennung der sächsischen Behörden.

Mit den Ausstellungen wurden große Werbeprospektentente für den Ostbundesausstellungsbüro, die in Form landwirtschaftlich-gesellschaftlicher Abende, teils in Form von Rundungen vertrieben. Das Material zu den Ausstellungen rührte nur zum kleinsten Teil aus Beständen des Deutschen Ostbundes her und bestand fast durchweg aus Zeitungen, die Museen, Bibliotheken, Privatansammlungen, Behörden, Stadtbibliotheken und Wirtschaftskreise auf unseren Antrag zur Verfügung gestellt hatten.

Es ist geplant, die Ausstellungstätigkeit mit einer besonders großen Ostausstellung in Berlin fortzusetzen. Jedoch ist es bisher noch nicht möglich gewesen, die erforderlichen Räumlichkeiten, wie in den anderen Städten, unentgeltlich zu erhalten.

Dagegen sind von Vermaltungstellen bzw. Wirtschaftskreisen aus Leipzig, Stuttgart, Würzburg und Frankfurt a. Main Angebote auf Übernahme der Ostausstellung durch diese Städte vorgebracht, die aber mit Rücksicht auf die Berliner Ausstellung noch zurückgestellt werden mußten.

Zur Förderung der allgemeinen Kenntnis von der Bedeutung des deutschen Ostens in Vergangenheit und Gegenwart veranstalteten wir im Laufe des Jahres 1931 zwei größere Vortragsabende. Am dem ersten Abend sprach im November 1931 der Privatdozent der Universität Hamburg Dr. von Richtofen über „Die vorgeschichtliche Besiedlung der deutschen Ostgebiete“. Es mied vor dreierlei Öffentlichkeit die in der Welt bestehenden in letzter Zeit verbreiteten irreführenden Behauptungen polnischer Propagandisten mit wissenschaftlichem Material zurück. Der Abend war besonders stark aus wissenschaftlichen Kreisen des In- und Auslandes besucht. Den zweiten Vortrag hielt im Dezember 1931 der Reichs-Ostbundesführer Dr. Sittler, der Verfasser der bekannten Schrift „Der deutsche Osten, Rettung oder Verzicht?“. An diesem Abend kamen im wesentlichen wirtschaftspolitische Fragen, die den Osten betreffend berühren, zur Ausprache. Dem Abend mochten außer dem Bundeshauptleiter der Ostpreußen vor allem auch zahlreiche führende Wirtschaftspolitiker bei.

In der Junglöhlarbeit ging das Bestreben dahin, aus dem einheitlichen Wirken von Schulen und Vereinen eine geschlossene Einheit zu bilden, die einen einflussreichen Faktor für die Arbeit im Osten und am Osten abgeben kann.

Hierzu war es notwendig, zunächst mit den Junglöhren des Deutschen Ostbundes und ihren Führern in möglichst enge persönliche Beziehungen zu kommen. So fand Ostern 1931 in „Haus Ostland“ zu Westhausen im Spreewald eine erste Schulungswoche statt, zu der Teilnehmer aus den verschiedenen Gebieten des Reiches erschienen waren. An diese zentrale Schulungswoche schloß sich dann örtliche Zusammenkünfte an, die zu weiterer Förderung des Reichsleiters Dr. Sittler durchgeführte wurden. Pfingsten 1931 fand in Gifhorn in der Eisenberg Heide ein im wesentlichen aus Hamburgern und Braunschweigern besetztes Festlager statt. Im Juni wurde in Reudersleben am Landesverband Magdeburg ein Treffen veranstaltet, an dem Junglöhren aus dem Landesverband Magdeburg, Sachsen-Anhalt und Hannover-Braunschweig teilnahmen. Im Landes-

verband Schließen fand im Juni/Juli ein Treffen im April statt. Im September veranstaltete der Landesverband Niederhessen auf der Gredidburg ein Treffen der in den westlichen Teilen Niederhessens gelegenen Junglöhren, nachdem kurz zuvor ein kleineres örtliches Treffen für die örtlich gelegenen Gruppen des Landesverbandes Niederhessen am Schaumaer See unter Leitung von Major Grottel stattgefunden hatte. Auf Veranstaltung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt im Ende November eine Führerprüfung der Junglöhren des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Halle abgehalten. Im Dezember und Januar nahm die Reichsjugendstelle an Schulungsabenden teil, die der Landesverband Berlin-Brandenburg für die Mitglieder seiner Junglöhren in Berlin durchführte.

In den Pfingsttagen 1932 wurde dann ein erstes Reichsausstellung der Junglöhren des Deutschen Ostbundes in Gernrode am Harz abgehalten, das 330 Jungen und 100 Mädchen aus fast allen Ecken des Reiches vereinigte und zum ersten Male die Geschlossenheit der Junglöhrenarbeit des Deutschen Ostbundes nach außen hin zum Ausdruck brachte.

Anschließend an dieses Treffen veranstaltete der Landesverband Westfalen an der Görtzallee eine mehrtägige Schulungsabende für die Führer seiner Junglöhren unter Heranziehung von Jugendlichen aus Ostpreußen, in denen noch keine Junglöhren bestanden, aber gerade in der letzten Zeit.

Neben der Veranstaltung dieser Treffen, die vor allem dazu dienen sollten, die persönliche Verbundenheit der in der Junglöhrenarbeit Tätigen zu fördern, wurde von Seiten der Reichsjugendstelle großer Wert darauf gelegt, die Gruppenarbeit der Junglöhren im einzelnen anregend zu beeinflussen. An einem umfangreichen Schriftwechsel wurden zum Reichsjugendleiter mit den Führern der verschiedenen Junglöhren eingehend alle die Fragen erörtert, die für die betreffenden Gruppen von besonderer Bedeutung sind, insbesondere wurde der Aufstellung der Heimabende und der Vernetzung kleinerer und größerer Sektoren besondere Beachtung geschenkt.

Der „Junge Ostmärker“ wurde systematisch im Laufe des Jahres 1931 ausgebaut und soll insbesondere dazu dienen, die grundsätzlichen Fragen unserer Arbeit zu behandeln und Erfahrungen, die in der Gruppenarbeit gemacht werden, anderen anregend zu vermitteln. So hat sich allmählich ein kleiner Staff mit Mitarbeitern am „Jung-Ostmärker“ herausgebildet, auf dessen weiteren Ausbau nachdrücklich hingewirkt wird.

Der Reichsjugendleiter gelang es, von einzelnen Vereinen von Zeit zu Zeit Vortragsentwürfen, die den Fragen des Ostens gewidmet sind, in mehreren Exemplaren unentgeltlich zu erhalten, die den Junglöhren je nach vorhandenem Stoff zur Ergänzung der Junglöhrenbüchereien überreicht wurden und ebenfalls Anregungen für die Ausgestaltung von Heimabenden bieten sollen.

Im Februar 1932 führte die Reichsjugendstelle in Verbindung mit einer Reihe der Junglöhren des Deutschen Ostbundes und anderen Gruppen der bündischen Jugend einen Ostpreußenabend der Berliner Jugend durch, der die Bedrohung des Rummelgebietes durch Litauen zum Inhalt nahm, um wertvolle Kreise, namentlich der jungen Generation, auf die Fragen des Ostens hinzuweisen. Der Abend fand besondere Anerkennung bei den geladenen Jugendbänden, in denen dadurch engere Verbindungen hergestellt werden konnten, sowie bei den Behörden und in der Presse. Von Seiten der verschiedenen Jugendbände ist an die Reichsjugendstelle des Deutschen Ostbundes die Aufforderung ergangen, im Herbst einen ganz groß angelegten Ostabend der Berliner Jugend zu veranstalten, an dessen Durchführung Jugendbände der verschiedenen Richtungen mitarbeiten werden sollen, um auf diese Weise die Geschlossenheit der Jugend aller Richtungen in der Behandlung der Ostfragen zum Ausdruck zu bringen.

Die Reichsjugendstelle des Deutschen Ostbundes wurde im Jahre 1931 in vielfältiger Hinsicht von Bänden und Organisationen aller Art zur Unterstützung ihrer Arbeit in der Vorbereitung von Ostpreußen in Anspruch genommen. Auch auf diese Weise konnten wertvolle Beziehungen zu anderen Bänden entstehen und den Grenzgebieten unter Interesse an der allgemeinen Förderung der Ostarbeit gezeigt werden.

Die Junglöhrenarbeit der kommenden Monate wird unter den Gesichtspunkten stehen: Ausbau und Festigung der bestehenden Gruppen; Reorganisation von Gruppen insbesondere in den Vandalenstellen, die bisher noch keine Junglöhrenarbeit getrieben haben; Förderung der Grenzlandarbeit durch den Ausbau der Ostpreußenarbeit an den Grenzpunkten der heimischen Arbeitskräfte durchgeführtes Grenzplakat; Zusammenwirken mit anderen Jugendbänden zur Stärkung und Zusammenfassung der Ostarbeit der jungen Generation unter weitgehendster Führung des Deutschen Ostbundes.

Die Reichsjugendstelle ließ sich die Reorganisation von Junglöhren im Jahre 1931 besonders angelegen sein, und es gelang im Zusammenwirken mit den betreffenden Landesverbänden und Ortsgruppen an verschiedenen Orten neue Junglöhren zu gründen. In diese Kreise zu bilden, die für zu späteren Junglöhren entwickeln können. Es bestehen zurzeit 66 Junglöhren; 11 Junglöhren sind in Bildung begriffen.

**Unterstützt die Arbeit des Deutschen Ostbundes durch Werbung neuer Mitglieder und „Ostland“-Bezieher!**

## Kommentare zur Osthilfe-Gesetzgebung.

Die gesamten Verordnungen über die Osthilfe einschließlich aller Ausführungsverordnungen sind zu einem Heft zusammengestellt worden, das zum Preise von 1 RM. bei allen Buchhändlern der Osthilfe bezogen werden kann. Die Sammlung umfaßt die Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschädigung im Osthilfgebiet (Entschädigungsverordnung) vom 6. Februar 1932, die Verordnung zur Durchführung des Osthilfgesetzes, der Sicherungsanordnung und der Entschädigungsverordnung (Osthilf-Durchführungsverordnung) vom 12. März 1932, die Richtlinien für die landwirtschaftliche Entschädigung im Osthilfgebiet vom 15. März 1932 und die Richtlinien für die Beurteilung landwirtschaftlicher Eigenbetriebe im Rahmen der Osthilfe vom 17. März 1932. Eine fortlaufende Ergänzung dieser Sammlung wäre wünschenswert.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschädigung im Osthilfgebiet vom 17. November 1931 mit Durchführungsbestimmungen, Handkommentar von Dr. Heinrich Wörge, Gerichtsassessor in Berlin, und Dr. Franz Spring, Rechtsanwalt in Berlin. (Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Zeitschrift, Preis gebunden 9 RM., in Ganzleinenband gebunden 10 RM., Verlag von Reimar Hobbing in Berlin S.W. 6.) Der Kommentar enthält eine ausführliche Erläuterung sowohl der materiell-rechtlichen als auch der verfahrensrechtlichen Bestimmungen der Verordnung und ihrer Durchführungsbestimmungen unter weitgehender Berücksichtigung der Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage. Besonders eingehend werden die Vollstreckungsvorschriften, die Sicherung der Gläubiger durch den Treuhänder und der Vermögensgegenstände behandelt. Wiedergegeben sind ferner sämtliche Normulare des Sicherungs- und Entschädigungsverfahrens des Treuhänderamtsamtes. Außerdem sind mitausgenommen die Danziger Sicherungsverordnung und die Grundstücksperreordnungen der Rotorverordnung vom 8. Dezember 1931. Sehr alle mit den Sicherungs- und Entschädigungsverfahren befaßten Behörden sowie die Gerichte, Rechtsanwälte, Schuldner und vor allem die Gläubiger und deren Interessenvertretungen wird das Werk ein unentbehrliches Hilfsmittel sein.

Eine weitere Schrift, die die Sicherungsverordnung vom 17. Juni 1931 und die Durchführungsverordnung vom 5. Dezember 1931 bringt und außerdem die Bestimmungen des landwirtschaftlichen Vollstreckungsgesetzes nach der Rotorverordnung vom 8. Dezember 1931 erläutert, ist im Verlag der Deutschen Getreidezeitung S. m. b. H., Berlin SO 16, Ende vorigen Jahres unter dem Titel „Osthilfe“ erschienen (79 Seiten). Die Broschüre enthält außer dem mit ausführlichen Kommentaren versehenen Text der erwähnten Verordnungen einige Aufsätze über „die wirtschaftliche Bedeutung der Osthilfe“ von Dr. Arthur Schloß und über „Kredit und Banken in der Osthilfe“ von Arthur Lehmann. Die Herausgabe durch den Verlag der Getreidezeitung deutet schon darauf hin, daß der von Dr. Morgenroth und Dr. Werthauer bearbeitete Kommentar in erster Linie ein Wegweiser für die durch die Sicherungsverordnung betroffenen Gläubiger der Landwirtschaft darstellen soll.

Unter dem Titel: Osthilfgesetz ist als Heft 59 (Sept. 1931) der Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaft im Selbstverlag des Verbandes eine eingehende Darstellung der Osthilfe-Rotorverordnung zum Juli 1930 erschienen, bearbeitet von Landgerichtsrat Dr. R. Hamann und Regierungsrat Dr. S. Hantelstein. Durch die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Hilfsmassnahmen ist diese Arbeit jetzt allerdings zum Teil überholt. Sie ist nicht auf die landwirtschaftliche Umfaltung bezüglichen Darlegungen enthalten jedoch ihren Wert. Außerdem ist die Schrift für jeden, der sich mit dem Osthilfgebanken ernsthaft befaßt, noch im vornehmsten Interesse für einen Überblick über die Geschichte der Osthilfe von ihren Anfängen in den Jahren 1921/23 bis zum Sommer vorigen Jahres gibt, sich ferner ausführlich mit den wesentlichen Grundgedanken der Agrarpolitik und der Grenzpolitik befaßt und auch auf die verbleibenden, unberücksichtigt gebliebenen Entwürfe zur Osthilfe eingeht. Als Anlagen sind die Osthilfgesetze und die Durchführungsverordnungen vom März bis Juli u. J. wiedergegeben.

### Aus der Vbersarbeit.

#### Verjamlungskalender.

##### Landesverband Berlin-Brandenburg:

Quartalsfassung am Sonnabend, den 25. Juni, nachm. 4 Uhr. Der Ort wird noch bekanntgegeben werden.

##### Frauen dienst Landesverband Berlin-Brandenburg:

Zusammenkunft bei der Frauengruppe der Ortsgruppe in Erkner am Dienstag, den 14. Juni 1932, Treffpunkt vorm. 11 Uhr, auf dem Bahnhof in Erkner, dann im Ruffhäuserheim am Jankenlee (5 Minuten Fußweg).

\*

#### Landesverband Berlin-Brandenburg.

**Ortsgruppe Potsdam und Umgegend.** In der Aprilversammlung sprach der Führer Oberbürgermeister von Schneidemühl, Dr. R. a. u. J., über das Thema „Friedrich der Große und die Grenzmark“. Nicht einen historischen Rückblick hat der Redner, sondern ganz auf die Gegenwart gerichtet war dieses Aufheben der historischen Wahrheit. Behauptet doch die Monatszeitschrift „Der Reichsland“, der Erbtöchter Friedrichs des Großen folgend, die Nachkommen Preußens herab und daß die ganze Geschichte Preußens durch den Geist des Angriffs, der Beherrschung, des Krieges, charakterisiert werde. Und zu diesen Geschichtsauffassungen gehört auch die weit verbreitete und auch von vielen Deutschen manchmal nachgesprochene These, daß Friedrich der Große der Urheber der Teilungen Polens gewesen sei und Preußen mit einer nur durch Versailles gestifteten Schuld befaßt habe. Vor der Germanenzeit des Weichsel- und Warthelandes über die Jahrhunderte der Polzen, Gagellenen und Wabkönige führt der Redner im Laufe dieser die Geschichte des Ostens zu den Teilungen Polens. Er räumt auf mit all dem böden ungeschichtlichen Fabelwerk um Friedrich und Polens Teilungen. Was zuerst handelt Joseph II., er befaßt 1769 das Zipser Land, das Polen mit geteilt hatte, Rußland verzieht auf Andau und Walaierei, die Österreich und Türkei entspannen, und nimmt seinen Teil Polens. Doch das geht nur mit Duldung Preußens. Daß Polen, Katholiken Minister, dem Prinzen Heinrich, Friedrichs Bruder, vorgezogen, Friedrich solle Westpreußen zu Preußen zurückvergeben, daß Friedrich keinen Einspruch erhebt gegen die von Rußland und Österreich begonnene Aufteilung des rettungslos verfallenen Polens, daß er korruptivsten Stimmstand zu Preußen heimführt, das sind Selbstverständlichkeiten. Heute Friedrich ist den Teilungsplänen der großmächtigen Katholiken widerstehen sollen. So hätte er sein Land ins Unglück gestürzt. Die Teilung würde angeblich das hoffnungslose Schwäche Polens erfolgen, und Friedrich muß sich bereitwillig zum nur die Verbindung mit Ostpreußen wiederhergestellt. „Habe ich die Weichsel, so muß Danzig und Thorn mir bald folgen.“ Und die

smeite Teilung Polens brachte auch viele deutschen Städte zurück zum Mutterland. Was darüber war, Südpolen mit Kottbus und in der dritten Teilung Kottbuspreußen mit Warschau — das war vom Übel und wäre auch nur Fremdkörper geblieben. Welch eine Sülle treffen der Vorkriegszeit findet der Historiker bei der Grenzmark. „Ich sah Sand, Raubholz, Heidekraut und Juben“ — sagte Friedrich der Große nach seiner ersten Inspektionsreise. Und nachdem er gesehen und entschieden, wurde gebandelt. Mit einem Sechertisch wurde die bisherige „Justiz“, die Starostensamtschaft, beseitigt, die Weichselstadt ausgelöscht. Er sah die Domänen. Holte die Kohlen ins Land aus der Frankischen Stiftung und aus der Arzeme. Seine „Manufakturen“ entluden und blühten auf. So befanden die Militärs auch Leben, so brachte die neue Garnisonen doch allerdings Hebung des Ostens, das kleinere Städte mit sich. Wir haben die Städte aus? Bromberg beispielsweise hatte 600 (1) Einwohner. Seine getreuen Mittelteil Helfer und Wardenknecht arbeiteten nur in des Königs Sinne. Und Friedrich konnte zu Ventulus sagen: „Was hier gemacht wird, das gilt für Jahrhunderte.“ Und er hatte die Genehmigung, noch einen Teil der Trümmer selbst zu erheben, großer manne, als er selbst zu hoffen mochte. Erfolgreich das Bild, das der Redner dann weiter entwickelt: Wie nach Abholung der deutschpreussischen Teile aus der zweiten und dritten Teilung Polens der Rest so oft zum Unheil des Deutschlandsgeschehens, Erstes wieder durch übermäßige Milde preisgegeben wurde. Er schildert den letzten Anlauf zur Gewinnung der polnischen geernteten Teile der Bevölkerung durch eine klare nationale Politik, es war ein Einfluß, der bald wieder zerfiel. Und 1916 wurde von Deutschland, das umringt von Feinden war, das neue Polen errichtet! Und als das bittere Ende gekommen, da zeigte sich, wie tief das Gift in deutsches Weichselgebiet tief eingedrungen hatte. Wir hören von der Bildung der polnischen Volkstruppe, die neben den deutschen 3. und 8. Regim. und bald alleine hervortritt, aus dem Boden schlößten. Die deutschen Kiele in der Hauptstadt einstuftlose Pfantasten, die polnischen Kiele aber durchweg von der polnischen Intelligenz befehlt. (In der Ausgabe nach dem Vortrag wurde noch des famosen Reolutions-Ministerialrates Helio von Gerlach und seines polenfreundlichen Wirkens in den kritischen Tagen in Polen Erwähnung getan.) Wir hören, wie dann trotz alles Unheils und aller Verwirrung doch noch oder bald wieder 300 000 Mann Grenzdienst, Schützen, Bürgerwehren, Arbeiterbeihilfen der Eisenbahnwerkstätten bereitstellen. Die Gefährten mit den polnischen Freiwilligen Hunderte von deutschen Opfern kosten, wie die „polnischen Truppen“ voller Respekt jedem weiteren Angriff aufgeben. In einer Woche wären die alten Reichsgrenzen wiederhergestellt worden. Doch die militärische Gewalt ließ sich gefällig durch die Dauerdauer von Weimar. Von unten her wurde gedrängt zur Befreiungstakt, von oben aber gehemmt und gebindert, und der Jork, den die Stände forderte, der die Schwächlinge von Weimar durch die von allen ersehnte Tat hätte zwingen können, erstand wiederum ein großer Krieg. In einer Katastrophe, einer Katastrophe für den Osten und zu der erzielten Gemächtsreinheit bei der Teilung Polens, ruft der Redner die in diesem Kreise begünstigt aufgenommenen Maß-

nung ja, der geschichtlichen Wahrheit zur Anerkennung zu verhelfen. Der trübe Beifall und unerwähnte und dankende Worte der erschienenen befreiten und Grenzlandvereine und des Reichsverbandes, Rektor B. J. J., bezeugen, daß die Vereine sich in dieser Bildung nicht nur die geistliche Entwicklung des polnischen Schicksals eine Rechtfertigung Friedrichs des Großen und eine weitere Waffe im Kampfe gegen die Kriegsschuldige erkannt hatten.

### Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Sranfurt a. O. (Verein heimtreuer deutscher Polen) hielt am 24. Mai im Deutschen Heim ihre Monatsversammlung ab. Nach Erledigung der üblichen Lagerordnung wurden Mitglieder zu neuen Ämtern ernannt und gewählt. Vorsitzender, Vorsitzende, Vorsitzende, Vorsitzende. Weiter wurde beschlossen, am Sonntag, des 5. Juni 1932, einen gemeinsamen Ausflug nach Ziegenhörn zu veranstalten. Näheres wird noch in der „Sranfurter Oberzeitung“ bekanntgemacht werden. Die Monatsversammlungen im Juli und August sollen der Ferien wegen ausfallen. (Unfere Chorvereinigung beginn am Mittwoch, den 1. Juni 1932, ab 7 Uhr abends im Garten des Rathauses „Grünhof“ (Ans. N. Reiner), Himmelsburgstr. 54, einen gemütlichen Abend. Wir hoffen, die Berichte eingehend über das Nähere der Jungfrauen der Deutschen Ostmark in der Ostmark, die Vereine und von allen Seiten der hiesigen Jungfrauen und bei den Eltern und Jugend, diese Bewegung im Interesse anderer Ostmark mit allen Kräften zu unterstützen. Landsmann Kriebel hielt wieder einen sehr ausführlichen Vortrag über Polen, in welchem er die trostlose Lage unserer Schulen für unsere deutschen Kinder in den geraubten Gebieten und die schlechte wirtschaftliche Lage in Polen schilderte. Da die Polen die deutsche Minderheit nie kein anderer Staat unterdrückt, sei es Pflicht eines jeden Deutschen, ihren Zusammenstehen, dem Deutschen Ostmark neue Mitglieder zuführen zu helfen, damit dieser deren in der Lage erlöst werden kann, die Lage unserer deutschen Brüder in Polen erlöst werden zu helfen. — Die Chorvereinigung erfuhr aus zum Schluß der Versammlung mit zwei gut vorgetragen Liedern.

Ortsgruppe Posen (Verein der Polen, Ost- und Westpreußen). Einem interessanten Einblick in die deutsche Schulwesen in Danzig und in Polen gab Grund und Grundanschauungen und Erfahrungen Studienrat Dr. Saager (Ansbach) in der Monatsversammlung am 23. Mai. Sein Jahr war Studienrat Dr. Saager an deutschen Privat Schulen in Schwetzn und Dirschau tätig, zuletzt Leiter des deutschen Programmstudiums in Dirschau, dem bekanntlich die Polen in schikanöser Weise ihre besondere „Aufmerksamkeit“ widmeten. Ausgehend von der starken Bevölkerungszunahme im Besonderen der Deutschsprachigen führte er weiter über die Bedeutung des deutschen Privatunterrichts in Polen aus. Die Zahl der deutschsprachigen Schulen sank seit 1925 von 507 auf 239, diesen Schulen sind noch 125 polnische Schulen angegliedert bzw. an ihre Spitze polnische Schulleiter gestellt. Mit der geschwindigen Verfolgung deutscher Schulen wird auch in letzter Zeit noch nicht aufgehört. Es sind 3. Deutsche Schulen aufgelöst worden, in denen die Schülerzahl noch nicht unter 40 lag. Im Jahre 1931 allein wurden 21 deutsche Schulen geschlossen und 50 deutsche Lehrer außer Dienst gestellt. Dieser Abbau des öffentlichen deutschen Schulwesens durch die polnische Unterrichtsbehörde hat zu prägen, daß im Korridorgebiet 66 v. H. der deutschen Kinder gezwungen sind, in polnische Schulen zu gehen. Über die Einrichtung von Schulen läßt die neue Schulreformgesetz jede beliebige Auslegung zu. Der Willkür sind Kür und Kor gegeben. Als Gegenstück zu diesen polnischen Staatsmaßnahmen ist es unbedingt erforderlich, daß auch in Preußen in gleicher Weise mit den polnischen Schulen bei uns verfahren wird. Die den Lehrern und Schülern gemachten Befehle, die Verfolgung gegenüber dem Polentum in Danzig und in Polen entgegen der Vertragsangelegenheiten von der Einrichtung und dem Aufbau der deutschen Privat Schulen in Polen. Höhere deutsche Schulen, die zur Verletzung in Obersekunda vorbereiten, gibt es in den größten Städten, höhere Schulen bis zur Reifeprüfung nur in Graudenz, Bromberg und Posen. Alle anderen Schulen sind nur Zubringeranstalten. Die Sexta wird polnisiert, ab Quinta französisch und ab Untertertia lateinisch gelehrt. Die höheren Schulen werden von Frauen und Mädchen gemindert besucht. Die Reifeprüfung muß von einer polnischen Kommission abgelegt werden, also vor Examinatoren, die ihre Prüflinge nicht kennen und die als Nationalpolen antwortlich eingestellt sind. Es gibt nur eine deutsche Staatschule in Thorn, die Polen auf Grund des Versailles Vertrags unterhalten muß. Unterflant waren die Ausführungen über das Verhältnis der Schulen zur polnischen Schulverwaltung. Die deutsche Schule unterliegt einem Kuratorium (Nationalpolenkollegium), von dem die Schulen abhängig sind. Der Kurator regnet, als man in Preußen glaubt. Alljährlich erscheinen eine oder maximal sogenannte Inspektoren. Diese Besuche der polnischen Schulräte gehören nicht zu den angenehmen. Wenn die Schulräte nach oben hin gut berichten, werden sie bald abgesetzt. Und der Schulleiter, der sich nicht gut mit den polnischen Herren stellt, d. h. wer nicht schon Inspektoren kann, ist auch gar bald verloren. Bei keiner guten Einstellung zu ihnen sind nämlich die Verdrossenen immer die Schüler und die Schulleiter, für die Schüler ein strenger, für die Lehrkräfte ein sehr gelinder Schmeicheleier. In der Durchführung des Unterrichts, wenn der Schulleiter keine Verbindung

der Schule herbeiführen will. Oft steht der Schulleiter, der ein Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein gegenüber den deutschen Kindern hat, im Widerspruch mit den Bestimmungen der polnischen Unterrichtsbehörde. Die Schüler müssen polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität sein; nur wenige Ausnahmen werden zugelassen. Die Lehrerhaft ist leider sehr ungleichartig. Reichsdeutsche dürfen nicht unterrichten. Zugelassen werden nur Lehrer, die polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität sind. Nur die wenigsten Lehrkräfte sind Polakademiker. Jüngere müssen das Abgeschlossene an einer polnischen Hochschule bestanden haben. Unter den Polakademikern befinden sich oft Epologen, Mediziner u. a., die ihr Studium unterbrochen haben, Mittelschulen und Volksschullehrer. Unter dieser Zusammenfassung ist es für den Leiter nicht leicht, Ausgleich zu schaffen. Großer Mangel herrscht bei den Lehrkräften. In Einzelausführungen legte der Vortragende dar, wie schwer die deutschen Schulen in Polen zu kämpfen haben, er zeigte aber auch, wie trotz der schweren Lage die Deutschen drüben nicht den Mut verlieren, wenn sie wollen, daß sie Rückendeckung an uns haben. Besonders Dankeswort widmete Redner dem Verein für das Deutschtum im Ausland, der für die deutschen Schulen in Polen schon viel getan hat. Nicht ohne Wirkung wirkte die zum Schluß vorgetragene Ostmarkgedichte von Friedrich Juch und Franz Pöhlke. Der Vortrag Dr. Saagers fand eine aufmerksame Zuhörerhaft, in deren Namen der Vorsitzende, Direktor Lettner, dem Redner noch besonderen Dank aussprach! — In der geschäftlichen Sitzung verlas der Vorsitzende folgende von dem Vorstand der Ostmarkleitung übermittelte Entschlüsselung: „Die Ortsgruppe des Deutschen Ostmarkbundes in Posen bittet das Präsidium des Deutschen Ostmarkbundes, sofort die dem Herrn Reichspräsidenten übergebenen Reichsdeutschen und bei der Reichsregierung die dem geplanten polnischen Anschlag gegenüber Danzig und überhaupt gegen die dauernde polnische Unterdrückung unserer Ostmarken sofortigen Einmarsch zu erheben. Polen muß als Irredentist vor der ganzen Welt gebrandmarkt werden. Die Entschlüsselungen über die polnischen Absichten haben in der Ostmark geradezu eine Panikstimmung erzeugt und wirken lässend auf den geringen Rest der Wirtschaft im Osten.“ — Der Landesverband Ostmark tagt am 4. oder 11. September in der Jubiläumsschule Küstrin. Am 3. Juli findet ein Treffen der Landesgruppe mit den Ortsgruppen Friedeberg, Altkarke, Drielen und Eibsbach in der Gutswiese Waldhänke statt. Die Landesberger Ortsgruppe fährt mit dem Postauto bis Janitzsch und manövriert von hier aus zu Fuß weiter. In recht niedlicher und reizgezierter Weise gab Jule Dressel über das Reichstreffen der Jungfrauen in Graudenz einen inhaltreichen Bericht, den Frh. Grafenfeldt ergänzte. Direktor Lettner sprach zum Abschluß über das Verhältnis der Polen im Zukunft und die Rolle der Ostmark, aber im voraus lobte die Polonisierung deutscher Ortsnamen, während Rechnerstadt, A. K. Eckhoff Mitteilungen über Emigrantentherapie, Entschlüsselungen und über allerlei Schikanen Polens machte. Eine schöne Umrahmung fand die Lage durch die gut eingetragenen Gesänge des gemischten Vereins-Chors unter Leitung H. P. bewährter Staffführung und nicht zuletzt auch durch die wieder des ausgezeichneten Männerchors des Lehrers Bohdanowski Madrigal-Singkreis. Spielungs- und Spielortsklänge riefen Erinnerungen wach an die alte Heimat im Osten.

### Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Vöcknitz gestaltete die Monatsversammlung im Mai in einer Feier des Muttertages aus, zu der die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Am Beginn der Feier, die umrahmt war von Chor- und Sologebieten und Gedichtsvorträgen, botte die ostmarkische weibliche Jugend regen Anteil. Frh. Jels, Vorstandsmittglied des Landesverbandes Vorpommern, hielt einen kurzen Vortrag über das Wesen und die Wertung der Mutter und die Wichtigkeit der Mitarbeit der ostmarkischen Frau und Mutter in unsere Ostmarkorganisation. Eine gemeinsame Kaffeestunde beendete die feierliche Feier.

### Landesverband Ostpreußen.

Ortsgruppe Baiton. Am 8. Mai fand im Baitoner Hof die Monatsversammlung der Ortsgruppe statt. Der Vorsitzende Dr. Jelle hielt einen eingehenden Vortrag über die beschriftigten polnischen Postpläne auf Danzig. In Polen habe man sich eine Privatarmee aus Schülern, Jugendlichen, Eisenbahnen, Schülern usw. geschaffen. Außerdem konzentriert Polen seine militärische Angriffskraft an der deutschen Grenze, in erster Linie auf das isolierte Ostpreußen und das mehrfache Danzig. Unsere ostpreussische Heimat ist damit nicht minder bedroht. Die sich hieraus für die deutschen Ostpreußen ergebende Gefahr ist so groß, daß sie vor der Öffentlichkeit nicht vernachlässigt werden kann, und unsere zuständigen Regierungsstellen alles tun müssen, um diese Gefahr abzuwenden. Daher wurde folgende Entschlüsselung gefaßt: „Die Mitglieder der Ortsgruppe Baiton des Deutschen Ostmarkbundes weisen auf die Gefahr hin, die durch die polnischen Postpläne auf Danzig unserer ostpreussischen Heimat drohen. Infolge der Verbindungen, die diese Pläne mit Deutschland knüpfen, ist die Gefahr, daß die Ostpreußen in die Hände der polnischen Staatsmacht kommen, besteht.“ Es ist ferner bekannt, daß der General Joller seinen Wohnsitz aus Oberhaveln in die Nähe von Danzig verlegt hat, und daß der Graf Mielecynski die „Wacht im

Korridor" hält. Auffällige, ehemalige Regionen und Wehrverbände sind in voller Tätigkeit. Auf keiner Seite steht dem nichts gegenüber. Wir verlangen ausreichen Grenzsich, Abwehrmaßnahmen gegen Gasangriff und Aufklärung und Verleumdung der Grenzbesetzung. — Eberhard Maffka weist darauf hin, wie 1920 die Zivilisten Kreisblätter bis zur Übergabe an Polen besaßen: Westpreußen bleibt deutsch, wie die Landwirte gewarnt wurden, ihre Besitztümer nicht zu verkaufen, wie dann Westpreußen befestigt und der deutsche Bauer vertrieben wurde. Solche Zustände dürfen nicht wieder ein-

reihen, sondern rechtzeitig müssen Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Ein Polenverzicht auf Danzig würde einen neuen Weltkrieg bedeuten. Die Verbundenheit mit Danzig ist so eng, daß Polen unter Offstand Kampfes nicht rauben kann. Lieber offen mit das Toben, als daß wir Sklaven der Polen werden. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß wir so lange der Spielball der Feinde bleiben, bis wir uns nicht gehörig durch ein starkes Heer verteidigen können. Die Grenzlandbesicherung aber wollte aufnehmen und sich im Deutschen Heerbande zusammenschließen, der die Belange der Offlande vertritt.

## Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

### Personliches.

#### Wilhelm Freiherr von Saggi

gehört dem neuen Reichsdienst von Papen als Reichsinnenminister an. v. Saggi entstammte einer alten preussischen Offiziersfamilie. Er lebt im 53. Lebensjahre. Im Jahre 1909 übernahm er die Leitung der Ostpreussischen Landbesatzung, eines gemeinsamen Siedlungsunternehmens für die Provinz Ostpreußen. Am Kriege, an dem er aktiv teilnahm, wurde er im Jahre 1916 Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost. Nach dem Umsturz organisierte er vom Januar 1919 ab den Schutz Ostpreußens gegen die Bolschewisten. Im Jahre 1920 führte er als Reichs- und Staatskommissar die Abkündigung im Ostpreussischen Abkommungsgebiet durch. Seit 1921 ist er Mitglied des preussischen Staatsrats und Bevollmächtigter Ostpreußens im Reichsrat.

#### Freiherr von Traun

leitet im Kabinett von Papen das Ernährungsministerium und Ostkommissariat. Er entstammte einem der ältesten schlesischen Adelsgeschlechter. Bis zum Kriege war er Landrat in Wirsitz (Provinz Posen). Während des Krieges, im Jahre 1915, wurde er in das Reichsamt des Inneren als Vizechef des Referats für die Landwirtschaft in die Reichskanzlei berufen. Als Hauptmann d. R. war er zeitweilig Leiter der politischen Abteilung der Militärverwaltung in Wilna. Nach dem Zusammenbruch war er Regierungspräsident in Gumbinnen. Von der preussischen Regierung wurde er zur Disposition gestellt, da er den Erlaß des damaligen Oberpräsidenten August Wönig, in dem sich dieser hinter die Regierung Kapp stellte, in seinem Bezirk veröffentlichte. Seit 1927 ist er Generaldirektor der Raiffeisen-Gesellschaft und in dieser Eigenschaft Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

\*

**Verfehling.** Oberverwaltungssekretär Carl Verfehling, zuletzt 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Görlitz, ist infolge Auflösung seiner Dienststelle, des Verordnungsamts Görlitz, nach Breslau versetzt worden und bereits dorthin übergesiedelt. Mit ihm verläßt die Ortsgruppe Görlitz ein tüchtiges Fortbewand- und langjähriges treues Mitglied, dessen Tätigkeit auch in der Bundesleitung stets sehr geschätzt wurde.

\*

**Silberhochzeit:** Der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Magdeburg, Herr Oberingenieur Friedrich Engelmann, in Albersleben, Leopoldstr. 2, am 1. Juni 1932.

**Soldene Hochzeit:** August Kujewer und Frau Julie, geb. v. Bahren, in Berlin b. Pich, 72 b. h. 68 Jahre alt. (Frau Julie stammt aus Westfalen, in der Provinz Posen war er in Kriebitz, Kreis Wengronitz, anässig; namens der Ortsgruppe Darmitz überreichte die Vorsitzende, Frau Strig, dem Jubelpaare eine Korbseife.)

**Bejahre Ostmärker:** Herrn Frau Ida Drechsler, geb. Jahn, früher Rogalen und Posen, jetzt Brandenburg, am 5. Pappel, Anzendorfer Straße 87, am 29. 6. 96 J.; Witwe Auguste H. o. k. e in Brügge i. W., früher Bromberg, am 10. 6. 75 J.; Distriktsbote Johann Szujka (jetzt Johann Giske) in Rumburg a. d. Saale (am Weinberg), fr. in Kosonka, Glinzka, Adelnau und Schwarzwalde (Provinz Posen) wohnhaft und bei den früheren Königl. Distriktsämtern des Kreises Adelnau tätig, am 7. 6. 70 J.; Kleinrentner-Witwe Amalie B. h. n. e. r. t., Röllig, Humboldtstr. 12, 11, früher Ödum, am 15. 6. 80 J.; Gutsbesitzerin Landwirtin Frau Helitke in Grafenwald 76, Ost Kirchhellen, früher in Brückenau bei Rakei, am 5. 7. 3 J.; Rektor i. R. August W. e. r. g. e. r. t. in Johannsburg (Ostpr.), Hegelstr. 2, früher in Rogalen, am 25. 5. 70 J. (Er betätigt sich seit seiner Verfassung in dem Aufstand als Vienenhüter; er ist Vorsitzender des Amkervereins Johannsburg und schrieb mehrere wissenschaftliche Abhandlungen über Vienenhüter, die in Umkreiszeitungen erschienen und in Jah-

kreisen überall anerkannte Aufnahme fanden; er wurde auch bekannt durch die Konstruktion eines praktischen, potentierten Kartenschranks für Schulzwecke).

**Schulze:** Altführer Johann Förster in Kolata, am 1. 6. 80 J.; Kam. Heinrich Grüber in Laßkoll, Johann-Albrecht-Str. 17 (Sohn des verstorbenen Stadtbaurats G. in Posen), am 27. 2. 66 J.; Bäckermeisterswitwe Frau Pauline R. a. n. e. k. o., geb. Pusch, früher Schubin, Posen, jetzt Berlin-Tempelhof, am 2. 3.; Kaufmann Adolf B. e. k. in Berlin-Crepton, früher in Posen, wo er Inhaber einer bekannten Wälschfabrik war, am 12. 5. 69 J.; der Vorsitzende der Ortsgruppe Burg b. Magdeburg, Kaufmann Otto W. e. n. d. i., Bürgermarktstr. 1, am 22. 5.

\*

## Aus der uns verbliebenen Ostmark.

### Grenzmark Posen-Westpreußen und Schlesien.

**Schneidemühl.** Seit dem Jahre 1927 veranstaltet die Stadt Schneidemühl alljährlich ein größeres Sportfest zur Erinnerung an die Deutschherhaltung der Stadt durch das kraftvolle einmütige Kreuzbekennnis der gesamten Wohnbevölkerung am 3. Juni 1919. Wie in den Vorjahren, so beteiligten sich auch dieses Mal sämtliche Leibesübungsvereine, Vereine und sämtliche Schulen Schneidemühs an den feierlichen Wettkämpfen Stadion. Oberbürgermeister Schroder brachte in seiner Festansprache die enge Schicksalsverbundenheit der Schneidemühler treudutschen Bevölkerung mit den Deutschen jenseits der rotenweigen Grenzspähle zum Ausdruck. Aus dem abgetrennten Danzig und dem Memelland waren Sportler nach Schneidemühl gekommen, um mit Schneidemühl zusammen das Fest der Deutschherhaltung der Stadt zu feiern.



**Pfarrer Kögel.**  
(Zeit. Hebe Nr. 11 Seite 163.)

**Viegnitz.** Im Jahre 1432 — also vor fünfhundert Jahren — wurde die Befestigung von Viegnitz vollendet. Die alte Pfostenhaht wurde damit zu einer der stärksten deutschen Befestigungen, die nicht weniger als dreißig hohe Stodtürme aufwies. Von diesen Befestigungstürmen sind heute noch der Spinnauer und der Slogauer Corturm vorhanden. Der erste ist zu Wohnungen umgebaut, der letzte dient als Schauwerk und mußte im vorigen Jahre im oberen Teile erneuert werden. Bei der Befestigung von Viegnitz mußte das vor den Korten der Stadt gelegene Dörfchen Hennigshof niedergelegt werden.

## Aus der uns geraubten Ostmark.

### Als Posen.

**Vissa.** Die Regierung hat beschloßen, das Bezirksgericht (Landgericht) Vissa aufzulösen. Die bisher dem Bezirksgericht unterstellenden Bürgergerichte (Amtsgerichte) Wojanowo, Goggin, Jutrobin und Namisch werden dem Bezirksgericht Ostrowo, die Bürgergerichte Kofien, Vissa, Wollstein und Schmiegel dem Bezirksgericht Posen angegliedert.

**Ostrowo.** Das höchste Gericht in Warschau hat ein Urteil des Bezirksgerichtes Ostrowo gegen zwei Deutsche wegen angeblicher Spionage für ungültig erklärt. Es handelt sich um das Urteil gegen den deutschen Wandarbeiter Ermin Wollke aus Ostrowo und den Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung in Ostrowo, Emil G. o. u. m. a. n. Beide wurden 1928, kurz vor den Feiern, wegen angeblicher Spionagerhandlungen verurteilt und sechs Monate in Untersuchungshaft gehalten. In erster Instanz wurden sie zu je drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Appellationsgericht in Posen bestätigte in der Berufungsverhandlung das Urteil gegen Wollke, während es bei Rumann die Strafe auf einen Monat Gefängnis herabsetzte. Beide legten Berufung ein, das Oberste Gericht in Warschau erklärte das Berufungsverfahren und das Urteil des Bezirksgerichtes in Ostrowo sowie das Urteil der Berufungsverhandlung für ungültig, da es unregelmäßig sei und den geltenden Verordnungen widerspreche. Zweien Deutschen wurde weiter nichts vorgeworfen, als daß sie sich ohne ausdrückliche Erlaubnis in der gegenwärtigen Grenzzone aufgehalten hätten!

**Polen.** Das „Pöfener Tageblatt“ ist wieder einmal beschlagnahmt worden, und zwar wegen Abdrucks einer Meldung über Erntereliefen-unters in Kongresspolen, die polnische Blätter unbeschränkt bringen konnten. Das „Pöfener Tageblatt“ ist im Laufe der letzten drei Jahre bereits über 100 mal beschlagnahmt worden.

**Polen.** Über die Provinz Posen ist ein furchtbares Unwetter niedergegangen. Durch Blitzschlag wurden in 17 Orten Gebäude in Brand gesetzt. Am ganzen wurden 7 Personen durch Blitzschlag getötet. Die Obstente ist durch Hagelschlag vernichtet, die Getreidefelder sehen wie gewalzt aus. Der Schaden geht in die Millionen.

**Schmiegel.** In Radomisch brachen unerkannt geladene Einbrecher nachts in die katholische Kirche ein. Sie hoben sämtliche Gold- und Silberfachen, teilweise wertvolle Schmuckstücke aus früheren Jahrhunderten, in einen Wert von 10000 Slotz bestien.

### Uns Westpreußen.

**Dirschau.** Der Gau deutscher Gesangsvereine Pommerellens hielt am 4. und 5. Juni in Dirschau sein erstes Gaulingen ab, und zwar als „Gag des deutschen Liedes“. Es waren viele hundert deutsche Sängler dazu erschienen.

**Reußlau.** Der Versicherungsinspektor Scheib aus Köslin, der auf der Rückfahrt von Königsberg (Ostpr.) im Kraftwagen die Frau des Posthauptwachmeisters Hermann Köslin aus Dautzige Joppe abholte, um mit ihr gemeinsam die Heimfahrt durch den Forstbord über Öbgingen anzutreten, wurde, als er zufällig in der Nähe der Kaserne in Reußlau (Pommerellen) seinen Kraftwagen anhielt, mit seiner Begleiterin verhaftet. Scheib und Frau Hermann, die sich im Besitz vorchriftsmäßiger Pässe und Briefe befanden, wurden in das Gerichtsgelände geschafft.

### Die deutsch-polnischen Ferienzüge.

Die deutschen Ferienkinder aus Polen, die zum Ferienaufenthalt nach Deutschland reisen, werden in vier Transporten von Polen abgehen. Als erster kleiner Sondertransport fahren am 4. Juli diejenigen Kinder, die in der Provinz Grenzmark Pöfener-Westpreußen bleiben wollen. Der erste große Sonderzug verläßt Polen in den Abendstunden des 5. Juli. Es folgt am 7. Juli ein Sondertransport derjenigen Kinder, die nach Ostpreußen fahren, und in den Abendstunden des 12. Juli der zweite Sonderzug. Die Rückreise der Kinder erfolgt in ähnlichen Abständen. Am 3. August kehren zunächst die Grenzmarkkinder zurück, am 4. und am 11. August fahren die

beiden Haupttransporte von Berlin ab, während die Ostpreußenkinder am 8. August zurückkehren. — Die Züge, die polnische Kinder aus Deutschland nach Polen bringen und mit denen auch eine Anzahl deutscher Kinder nach Polen eintreten, gehen am 4. Juli ab und kehren am 3. August zurück.

\*

### Bücher zur Memelfrage.

**Citauen und das Memelland,** von Karl Heinz Hüße, Verlag Adolf Albrecht, Berlin-Schöneberg, Akademieplatz 23, 1932; 27 Seiten, 80 Pf. — Diese in der Schriftenreihe „Deutschland in der Welt“ erschienene Broschüre trägt in knapper Form das Wesentliche über Land und Leute in Citauen, im Wilnggebiet und im Memellande zusammen. Sie erläutert die Widerständigkeit der Kommer deutsch-feindlichen Memelpolitik, die Citauen in eine hoffnungslose Abhängigkeit von polnischen Erbfeind hineinreiben muß. Der Verfasser hat in seiner Arbeit das z. T. schon von dem verstorbenen Studentent Werner Juchs, dem verdienstvollen Bearbeiter des „Raum-Polenspiegels“, gesammelte Material verwendet. Zur schnellen Unterrichtung über litauische Fragen ist die Broschüre gut geeignet.

Das politische Schicksal des deutschen Memellandes, von Dr. Felix Borchardt, Heft 10 des Memellandbundes, Sonderdruck aus dem 3. Band des Werkes „Zehn Jahre Versailles“. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft „Deutscher Verbände“ und dem Deutschen Schachbund, Brückenverlag, Berlin 1932. — Dieser 20 Seiten umfassende Bericht der Entmischung des Memellandes seit 1918 verdient gerade in einer Zeit besondere Beachtung, in der das Memelland in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt ist. Der Verfasser, einer der gründlichsten Kenner der Memelverhältnisse, hat in gedrängter Form alles erörtert, was über Rechtsstellung, Politik, Volkstumsverhältnisse und Wirtschaft im Memellande zu sagen ist.

### Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Gerade in der jetzigen Zeit, die jede Hausfrau zur äußersten Sparfrenkheit auch in der Küche zwingt, ist Maggi's Würste eine Notwendigkeit, um aus billigen Metieren hergestellten Gerichten kräftigen Wohlgeschmack und bessere Verdaulichkeit zu geben. Wenige Tropfen genügen schon, weil Maggi's Würste sehr ausgiebig ist.

Sie die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

## Amortisations-Hypotheken

und Baugelder zu

**4% Zinsen**

zuzüglich Tilgung. Kleine Sparrzahl, angem. Wartezeit.

**ARMINIA**

Deutsche Bauspar-Gesellschaft, Berlin, Friedrich-Ebert-Strasse 24

**Vertreter gesucht.**

## Landwirtschaft

in der Nähe Stettins, ca. 110 Morg., davon ca. 35 Morg. gute Weiden und Koppel, maff. Gebäude, Wohnhaus 12 Zimmer, elektr. Licht u. Kraft, Tel. im Hause, mit reichlich lebend. u. totem Inventar sofort frankf. haltb. zu verk. Preis 88 000 M. Ang. 10 000 — 15 000 Mark. Gef. Angeb. unter 2555 an das Dilland erbeten.

In jede Küche gehören:

**MAGGI' Erzeugnisse**

Würste-Suppen-Fleischbrühe  
sie helfen sparsam wirtschaften.

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine.

**Ostmärker** treten unserer Sterbefälle

bei. Näh. Auskunft durch die Bundesleitung.

Der „**Ostpreussische Heimatkalender**“ führt auf über 1000 und Unterstützung des geliebten Ostpreussens, er reichhaltig bebildertes von am schönsten und beliebtesten Zeit der deutschen Ostfront, die von den Bienen gezeichneten Gebiete und die seltener nützlichen und bestreuten Ostmark. Er enthält viele nützliche bodenwertige Mitteilungen. — In den Klappen befindet sich immer ein reiches Bildmaterial, das in Verbindung mit den Ostpreussen beizubehalten. In den Beilagen befindet sich eine reichhaltige Auswahl an den literarischen Schöpfungen des Ostmark. Bis merkwürdige Ostpreussen sind die Gesamtzahl ist es nicht zu erhöhen.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausgaben! — Als Druckfache senden!

## Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich \_\_\_\_\_ Stück

„Ostpreussischer Heimatkalender 1932“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundesmitglied 1,20 Mark je Stück.

Zuzüglich 0,30 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-scheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Poststation: \_\_\_\_\_

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Ringfreie

**Umzüge** seit 1908

O. Noerenberg, Berlin, Lichterfelde-West, Dürerstraße 41. Telefon: G 3 6079. Früher Bromberg.

**Haus Ostmark, Braunlage, Harz, Tel. 90**

Angenehmer Ferienufenthalt, ruhige, staubfreie Lage. Veranden, Liegewiese, beste Verpflegung. Pension von 5,— RM. an.

## Oftmärker Provisionist!

### Glänzende Existenzen!

- Wolhof, äußerst vorteilhaft gelegen, in Württemberg . . . . . 18 000
- Best rentierendes Metallwarenfabrik mit gr. Aluminium- und Messinglager in zentraler Lage Berlin . . . . . 30 000
- Kolonialwarenböden, Babuhoftstraße in einem kl. Ort Nähe Rentreit . . . . . Preis: 14 000  
Anz.: 5 500
- Kauf- und Pensionsgrundstück im württembergischen Schwarzwald (17 Fremdzimmer), erforderlich, daselbst 3-Zimmer-Baus als Kaufobj. oder für Geschäftszwecke . . . . . erforderlich Kolonialwaren-Großhandlung in lebhafter Stadt Schlesiens. Preis für Inventar: 4 500  
Preis für Waren ca. 10 000
- Wohnhaus in best. Wohnviertel am Schöneberg . . . . . 15 000
- Hauswirtschaftler in Hannover, Befähigung in klimatisiert beheiztem Ort Thüringens (Reg.-Bez. Erfurt) . . . . . Preis: 10 500  
Anzahl: 5 000
- Glänz. Existenz! Restaurationsgrundstück, Eckgrundstück, in einer der lebhaft. Geschäftstraßen Darmstads . . . . . 40 000
- Pandpöthel mit Landwirtschaft und Kolonialwarenhandlung, Nähe Jüterbog . . . . . 6 000
- Siedlungsgründl., je pensionierten Beamten geeignet, in Stralunder Vorstadt . . . . . Preis: 11 000  
Anzahl: 6 000
- daselbst Kolonialwaren- und Delikatessengeschäft mit Drogeriehandlung . . . . . Preis: 7 000
- Hotel- und Restaurationsgründl. in der Uckermark, 21 Zimmer, beste Lage neben der Post in der Hauptverkehrsstraße . . . . . 15 000
- Villenartiges 3-Familien-Wohnhaus i. d. Nähe v. Pirna, Sa. 3-Lo.-Wasserzuleitung m. 120 Morg. Landwirtsh., Nähe Schweibus . . . . . 15 000
- Herrnartikelgeschäft am Hauptgeschäftstraße eines äußerst dicht bewohnten Viertels Hamburgs . . . . . Preis: 5 000
- einkl. Cabineinrichtung, Wohn- und Geschäftsräuml., je Gewerbetriebe aller Art in der Gegend an der Plessee . . . . . 8 000
- Wirk- u. Wollwarengeschäft in sehr verkehrsreicher Gegend Nordbaurens . . . . . Preis: 3 500
- einkl. kompl. Cabineinrichtg.
- Moderne 17-Zimmer-Villeneinrichtung mit gr. Garten bei Bad Merzenichem . . . . . 85 000
- 8-Zimmer-Konfort-Villa mit herrlichen Park- und Gartenanlagen, ein Wohnidyll für den veredeltesten Geschmack, in Weimar . . . . . 25 000
- Ullholerei (Möbel-fabrikation) mit Wohnhaus in Merksburg, Nähe Ludwigsalt. . . . . 20 000
- Schilderpostle k o t e n i o s durch:
- KOCH & Co., Berlin W 10**  
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

**Existenz!** Meine Zementwarenfabrik nebst Wohnung und gutem Kiebelgebiet beabichtige ich zu verpachten oder zu verk. Anz. nach Vereinbarung. **Fr. Winning**, Heferimweg.

## Heiratsgeheul

Witmer, Mitte 50, gute Erziehung, Befähiger eines guten Geschäfts- und Betriebsgrundstückes in Berlin (welches verpachtet ist), außerdem bares Geld, sucht Dame aus bürgerl. Stande, etwas Vermögen erwünscht, jedoch nicht Bebingung, non gutem Charakter und mit angenehmen Sitten kennenzulernen. Witwe ohne Anhang nicht ausgeschlossen. Gefällige Zuschriften unter 2549 an das Ostland erbeten.

## Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.  
(Geschäftshilfe des Deutschen Ostlandes)  
Berlin SW 30, Roshtstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

### Verwertung von

**6% Reichsschuldbuchforderungen**  
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

**Beratung in Vermögensanlagen**  
und allen Kreditangelegenheiten  
**Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte**

## Bilanz vom 31. Dezember 1931.

Vermögen		Verbindlichkeiten	
Kasse	145,08	Geldausgaben	63 138,83
Vollstreckungsbücher	162,92	Bausparbücher	37 014,34
Bausparbücher	52 711,50	Gläubiger	11 535,40
Schuldner	27 414,01	Hypothekendarlehen	
Grundstücke und Gebäude:		Stand vom 31. 12. 1930	3 708 663,30
Buchwert am 31. 12. 1930	3 830 220,82	Tilgungen 1931 (ohne Tilgungsfonds)	14 468,01
Zugänge 1931	5 967,06	Kaufverlebens I	11 990,82
	3 836 187,88	Kaufverlebens II	28 833,25
Abfchreibungen 1931	47 897,88	Dividenden (noch nicht erhoben)	335,60
Hypothekentilgungsfonds		Rückstellungen	8 000,—
Bestand am 31. 12. 1930	5 429,16	Übergangsposten	31 744,61
Zugang 1931	3 617,69		
Hypothekeneinbuße Mariendorf I			
Stand am 31. 12. 1930	6 791,20		
Abfchreibung 1931	1 697,80		
Material-Konto	775,—		
Bestand am 31. 12. 1930	275,—		
Abgang und Abfchreibung	500,—		
Inventar	1,—		
Übergangsposten	3 037,60		
	3 886 402,28		
Verlust	404,98		
	3 886 807,24		
	3 886 807,24		

## Gewinn- und Verlustrechnung.

Allgemeine Geschäfts-Unterlagen	12 518,70	Gewinn-Vortrag aus 1930	474,50
Anhaltungsgebühren	15 516,08	Rufungsgebühren	266 096,38
Betriebskosten	54 363,43	Wertsentungszulüsse	13 746,—
Hypothekenzinsen	168 766,17	Einnahmen aus Zinsen	1 568,59
Abfchreibungen:		Verchiedene Einnahmen	247,40
auf Gebäude	47 897,88	Einnahme aus Hilfsfonds	296 538,21
auf Hypothekeneinbuße Mariendorf I	1 697,80	Verlust	404,98
auf Material-Konto	244,—		
Neue Rückstellungen	5 939,13		
	296 943,19		
	3 886 807,24		

Berlin, den 3. Mai 1932.

## Baugenossenschaft vertriebener Ostdeutscher e. G. m. b. H.

Der Vorstand: **Schmid, Sommerfeld, Schmidt.**  
Geprüft und richtig befunden. Der Aufsichtsrat: **Riffa.**

## Milch- und Lebensmittelgeschäft

fortzugsüber zu verkaufen. **W. u. Weigenlee**, Langhansstr. 98.

### Schöne sonnige

## Wohnung

abgechl. 1. Etage, 3 Zimmer, Küche, Glasveranda, Nebengel. u. 38. St., zum 1. Juli zu vermieten, monatl. 40 RM. Herrliche, waldbreie Gegend. **H. Mattan**, **Helmberg-Tipp**, früher Gieseler.

## Preuß. Staats-Lotterie

**Lose 3. Kl. am 15. und 16. Juni**

Ziehung: Zu haben bei **Staat. Lotterie-Einnehmer**

**Swinna, Berlin W 35,**  
Potsdamer Str. 116a,  
Ecke Lützowstraße.

Tel. Lützow 3286.  
früher in Kottowitz, O.S.